

# **STADT STUTENSEE**



## **HAUSHALTSPLAN 2020**

### **Haushaltsreden**

## **HAUSHALT 2020**

### **Stellungnahme der Oberbürgermeisterin und der Fraktionen**

## Es gilt das gesprochene Wort



### **Ansprache der Oberbürgermeisterin anlässlich der Einbringung des Haushalts 2020 bei der Gemeinderatssitzung am 13. Januar 2020**

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,  
sehr geehrte Vertreter der Presse,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

über den Haushalt einer Stadt werden die entscheidenden Weichenstellungen für deren weitere Entwicklung vorgenommen. Wo gilt es zu investieren, welche Schwerpunkte sollen gesetzt werden, welche Aufgaben stehen an? Diese Fragestellungen kennzeichnen

Haushaltsberatungen.

Gleichzeitig haben wir die Chance, uns zu grundsätzlichen Leitlinien zu verständigen. Wie wollen wir unsere Stadt gestalten? Wie wollen wir in Stutensee zusammenleben?

Vor diesem Hintergrund möchte ich den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau zitieren, der 2003 deutlich machte:

*„Die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am Schicksal ihrer Stadt, das ist und bleibt die wichtigste Kraftquelle der Städte.“*

Johannes Rau brachte damit zum Ausdruck, dass unsere Demokratie Menschen braucht, die sich über den Wahltag hinaus für ihre Stadt einsetzen.

Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, denen ihre Stadt am Herzen liegt. Nachbarinnen und Nachbarn, die zusammenhalten, die sich kümmern und aufeinander achten. Stadtteile, die Feste feiern und Menschen, die sich einsetzen für gemeinsame und öffentliche Angelegenheiten, für unser Gemeinwesen, wie auch Sie es ehrenamtlich tun, meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte.

In Einwohnerversammlungen und Beteiligungsveranstaltungen sind wir im zurückliegenden Jahr regelmäßig zusammengekommen. Wir haben ganz praktisch Gemeinschaft geschaffen und uns zur Zukunft Stutensees ausgetauscht. Auch beim gemeinsamen Stadtradeln und unserem offerta-Auftritt sind wir als Stutenseer Stadtgemeinschaft ganz analog zusammen aufgetreten – sogar fernab von Facebook oder Twitter.

Auch in diesem Jahr wollen wir Gelegenheiten zum Gespräch schaffen und unsere unterschiedlichen Erfahrungen zum Wohle aller einbringen.

Nutzen wir unsere Stärken, um unsere Stadt weiter voranzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der diesjährige Haushaltsentwurf wurde erstmals nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) erstellt. Seit dem 1. Januar 2020 sind die Kommunen in Baden-Württemberg verpflichtet, das NKHR anzuwenden.

Den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, vertreten durch Frau Kämmerin Leyerle, spreche ich meinen großen Dank für die intensive Arbeit am vorliegenden Werk aus.

Mit der Umstellung auf das NKHR standen Sie in diesem Jahr – noch nicht lange im Dienst der Stadt Stutensee – vor besonderen Herausforderungen. Dass der Haushalt heute eingebracht werden kann, geht auf den enormen Einsatz von Ihnen und Ihren Mitarbeitenden zurück. Sie haben höchste Belastungen getragen.

Sie achten zudem darauf, alle Kolleginnen und Kollegen in den Prozess einzubinden und mitzunehmen. Sie führen Schulungen durch, beraten mit Informationsmails - Ihre Tür steht immer offen. Ich danke Ihnen sehr.

Was die Zahlen der kommunalen Haushalte in Baden-Württemberg allgemein angeht, sah es bis vor kurzem noch besorgniserregender aus.

Denn die Verhandlungen der Gemeinsamen Finanzkommission zwischen dem Land und den Kommunalen Landesverbänden zum Doppelhaushalt des Landes 2020/2021 gestalteten sich extrem schwierig. Lange Zeit blieben die von Landesseite eingeplanten Haushaltsansätze bei zentralen kommunalrelevanten Punkten erheblich unter dem tatsächlichen Finanzierungsbedarf der Kommunen zurück. Die Gespräche standen vor dem Scheitern.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es letztlich doch gelungen, eine Verständigung zu erzielen. Dass die kommunalen Belange vonseiten des Landes nur auf größten Druck hin anerkannt wurden, bereitet mir Sorgen, wenn ich an die Zukunft denke.

Ich zitiere aus einem Schreiben der Vertreter der kommunalen Landesverbände an die Finanzministerin: „Wir befürchten ernsthaft, dass das in Baden-Württemberg traditionell gute Verhältnis zwischen Land und Kommunen dauerhaft Schaden nimmt, wenn die eine Seite den Eindruck haben muss, dass finanzielle Risiken einseitig bei ihr abgeladen werden.“ Die kommunale Familie erfüllt die ihr übertragenen Aufgaben konsequent, wir finden Lösungen und setzen uns mit aller Tatkraft für unsere Bürgerinnen und Bürger ein. Wir dürfen aber auch erwarten, dass das Land seiner finanziellen Verpflichtung nachkommt.

Ich hoffe, dass das Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen auch zukünftig gemeinsam sichergestellt wird, um unsere Zukunftsaufgaben wirkungsvoll angehen zu können.

Dies vorab, möchte ich nun zunächst kurz die Bedeutung des neuen Rechts erläutern und im Anschluss dann auf die für Stutensee zentralen Aufgaben und Herausforderungen eingehen.

Intergenerative Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des NKHR. Städtische Gebäude, Straßen, die kommunale Infrastruktur insgesamt verlieren ab dem Tag der Fertigstellung an Wert. Das neue Recht verpflichtet nun dazu, diesen Werteverzehr auszugleichen, entsprechende Abschreibungen müssen erwirtschaftet werden.

Ziel ist es auch, den Kommunen mit dem neuen System eine verbesserte Kenntnis über die einzelnen Ursachen des Ressourcenverbrauchs zu verschaffen sowie über die Vermögens- und Schuldensituation der Kommune insgesamt.

Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, und auch der Verwaltung werden neue betriebswirtschaftliche Instrumente und Steuerungsmöglichkeiten an die Hand gegeben. Damit sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen sowie die Transparenz des Haushaltsgeschehens nicht zuletzt für die Bürgerschaft erhöht werden.

Mit dem NKHR erfolgt in den Kommunalhaushalten ein Paradigmenwechsel von der Kameralistik hin zur Doppik. Die bisherige Darstellungsform war zahlungsorientiert. Es wurden im Wesentlichen Geldflüsse betrachtet.

Zukünftig steht der Ressourcenverbrauch im Fokus. Ziel ist dabei, verbrauchte Ressourcen zumindest mittelfristig periodengerecht auszugleichen und nicht nachfolgende Generationen zu belasten.

Die Anwendung des neuen Rechts verändert die Finanzlage der Stadt Stutensee an sich nicht. Uns steht damit nicht mehr oder weniger Geld zur Verfügung.

Auch bei ansonsten gleichbleibenden Aufwendungen hatte die Umstellung allerdings zur Folge, dass aufgrund der erstmals zu erwirtschaftenden Abschreibungen von einem Jahr auf andere kein ausgeglichener Haushalt mehr gegeben war.

Da die Vermögensbewertung noch nicht komplett abgeschlossen ist, basieren die geplanten Abschreibungen und Auflösungen aus Investitionszuwendungen auf Schätzwerten.

Das NKHR unterscheidet zwischen Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt.

Im **Ergebnishaushalt** werden alle Erträge und Aufwendungen eingeplant und in der **Ergebnisrechnung** dokumentiert. Dies entspricht in der kaufmännischen Betriebsführung der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Ergebnishaushalt umfasst im Entwurf ordentliche Erlöse in Höhe von knapp 57,1 Millionen Euro und ordentliche Aufwendungen in Höhe von gut 58,7 Millionen Euro. Somit kann der Ressourcenverbrauch im ersten Jahr nicht komplett erwirtschaftet werden. Dies ist erst ab 2022 möglich.

Um eine Ergebnisverbesserung zu erreichen, wurden vonseiten der Verwaltung große Anstrengungen unternommen. Ein nachhaltiger Konsolidierungskurs muss den finanziellen Rahmen für 2020 sowie die kommenden Jahre stecken.

Aufgrund der zur Ergebnisverbesserung ergriffenen Schritte kann die ordentliche Tilgung 2020 erwirtschaftet werden, im ersten Schritt die Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushalts.

Der Finanzausgleich entspricht dem Haushaltserlass des Landes Baden-Württemberg vom 17. Oktober 2019, der dem Haushaltsentwurf zugrunde liegt.

Die Personalaufwendungen betragen in diesem Jahr 16,2 Millionen Euro, was einer Steigerung von 3% entspricht.

Im **Finanzhaushalt** und der Finanzrechnung werden die geplanten bzw. die tatsächlich anfallenden Ein- und Auszahlungen festgehalten. Vergleichbar mit einer Kapitalflussrechnung wird der Geldmittelverbrauch dargestellt.

Der Finanzhaushalt ist zukünftig in drei Bereiche gegliedert:

Zunächst die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Daneben die Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Und schließlich die Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.

Aus laufender Verwaltungstätigkeit ist für 2020 ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von knapp 1,1 Millionen Euro veranschlagt. Dies ist der Anteil der Abschreibungen abzüglich aufgelöster Investitionszuschüsse, die erwirtschaftet werden können. Dieser Teil steht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung.

Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt im Entwurf rund minus 6,8 Millionen Euro. Das heißt, dass die Investitionen nicht durch Zuwendungen und Grundstückserlöse gedeckt werden können.

Auch der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit kann die Investitionen nicht komplett finanzieren, so dass noch ein Kredit zur Finanzierung nötig ist.

Im dritten Teil, dem Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit, ist die Kreditaufnahme veranschlagt. Diese beträgt im kommenden Jahr rund 2 Millionen Euro. Zusätzlich ist eine ordentliche Tilgung von rund 450.000 Euro vorgesehen.

Insgesamt wird sich der Finanzierungsmittelbestand zum Jahresende 2020 geplant um knapp 4,15 Millionen Euro reduzieren.

Bevor ich nun von den Zahlen zu den dahinterstehenden Projekten komme, gilt es festzuhalten, dass wir vor finanziellen Herausforderungen stehen. Mit jeder Investition sind Abschreibungen verbunden, die wir erwirtschaften müssen. Jede Aufwendung wird also mit Blick auf ausgeglichene Haushalte auf ihre Notwendigkeit zu prüfen sein.

Die Verwaltung wird künftig alle Investitionen auf Folgekosten prüfen und transparent darstellen. Auch wenn unser Haushaltskorsett enger geschnürt sein wird, dürfen wir gleichwohl wichtige Zukunftsaufgaben nicht vernachlässigen und wir müssen auch Neues für unsere Zukunft in die Wege leiten.

Den engeren finanziellen Rahmen gilt es dabei zu beachten. Vor diesem Hintergrund ist eine Bestimmung und Priorisierung der vor uns liegenden Themen unverzichtbar. Wir müssen uns konzeptionell mit unserer Stadtentwicklung befassen. Damit schaffen wir uns eine Richtschnur für die vor uns liegenden Herausforderungen.

Der Haushaltsentwurf enthält daher auch Mittel für ein Stadtentwicklungskonzept, das Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam erstellen.

Für 2020 möchte ich unser Augenmerk unter anderem auf die folgenden drei Kernthemen legen, bei denen sich naturgemäß Überschneidungen ergeben:

1. Wohnen und Leben in Stutensee
2. Die kommunale Infrastruktur Stutensees
3. Nachhaltiges und Soziales Stutensee

Zunächst zum Themenbereich **„Wohnen und Leben in Stutensee.“** Ich zähle hierzu insbesondere unsere Kindergärten und Schulen sowie die Wohnentwicklung unserer Stadt.

Für das Wohnen war ein Arbeitsschwerpunkt im vergangenen Jahr die städtebauliche Innenentwicklung. Die Untersuchung der Potenziale in ganz Stutensee wurde zielgerichtet fortgeführt. Zur Schaffung von Wohnraum in zweiter Reihe wurde die Überplanung eines Bereichs östlich der Südenstraße in Blankenloch als Pilotprojekt begonnen.

Das Projekt „Wohnpark Mittendrin“ schreitet planmäßig voran. Nach Unterzeichnung der Absichtserklärung wurden die ersten Schritte in den Bebauungsplanverfahren gemacht.

Ziel ist es, dass von unserem privaten Partner bis 2023 150 Miet- und Eigentumswohnungen errichtet werden und damit neuer Wohnraum für rund 300 Personen geschaffen wird.

Im Bereich des ehemaligen Autohauses „Lehmann“ entstehen durch zwölf Reihen- und zwei Mehrfamilienhäuser in diesem Jahr circa 35 Wohneinheiten.

In Spöck wurde der Bebauungsplan „Vierundzwanzigmorgenäcker“ zum Abschluss gebracht. Das Bodenordnungsverfahren steht kurz davor, sodass im kommenden Jahr die Erschließung des Gebietes beginnt. In den kommenden Jahren schaffen wir so in unterschiedlichen Wohnformen Wohnraum für über 600 Menschen.

Diese Maßnahmen zeigen, dass wir uns dem Thema der Wohnentwicklung intensiv widmen und es als kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge begreifen.

Mit dem Land Baden-Württemberg stehen wir zudem seit geraumer Zeit in Gesprächen, um eine Landesfläche in Friedrichstal zur Wohnraumschaffung zu erwerben.

Der Austausch mit dem Land gestaltet sich trotz der sehr angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt enorm schwierig.

Vom Ausgang dieser Verhandlungen wird auch abhängen, ob wir in Stutensee kommunalen Wohnungsbau auf die Agenda setzen. Bis nach der Sommerpause möchte ich dem Gremium das Thema entscheidungsreif vorlegen.

Zur weiteren Unterstützung unserer Aktivitäten für mehr Wohnraum ist es nun gelungen, die Stelle des Flächenmanagers zur Jahresmitte 2020 zu besetzen. Die intensiven Bemühungen um geeignete Bewerbungen zeigen einmal mehr, dass der Wettbewerb um Fachkräfte in vollem Gange ist.

Zum Themenbereich „Wohnen und Leben in Stutensee“ zählen auch unsere Kindergärten und Schulen, die gerade für Familien von hoher Bedeutung sind.

Unsere erfolgreiche Rezertifizierung als „Familienbewusste KommunePlus“ unterstreicht, dass wir hier kontinuierlich sehr gute Arbeit leisten. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nochmal allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen für diesen Erfolg zu danken.

Aufgrund der breitgefächerten Anforderungen ist die erneute Auszeichnung das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen zahlreicher Akteure. Die Rezertifizierung steht für beispielhaftes Zusammenwirken vieler Sachgebiete. Stellvertretend für alle Beteiligten danke ich meinen Beigeordneten, Frau Erster Bürgermeisterin Tröger und Herrn Bürgermeister Geißler für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in dieser Sache sowie im zurückliegenden Jahr insgesamt.

Im Kindergarten „Zauberwald“ in Blankenloch wurden zwei weitere Gruppen eingerichtet. Beim Kindergarten Arche Noah in Staffort wurde mit der Umgestaltung des Außengeländes begonnen. Die Schaffung eines Kleinkindbereichs wird ebenfalls realisiert. Wir investieren insgesamt 190.000 Euro.

Auch das Außengelände im Kindergarten Sonnenschein in Friedrichstal wurde im Sommer 2019 erweitert sowie neu und kindgerecht gestaltet.

Für den Kindergarten St. Josef konnten wir mit der katholischen Kirchengemeinde einen Erbbaupachtvertrag schließen. Es ist uns damit gelungen, ein seit langer Zeit präsent Thema zu lösen.

Dieser Schritt war ganz wichtig, um in diesem Jahr umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten durchzuführen. Bis 2021 werden wir 1,3 Millionen Euro investieren.

Die brandschutztechnische Ertüchtigung der Schulen in Blankenloch, Friedrichstal und Spöck beschäftigt Stutensee auch weiterhin. Entsprechende Planungen wurden erarbeitet und die Bauanträge wurden oder werden in Kürze eingereicht.

Die aktuelle Kostenschätzung für die Ertüchtigung der Friedrich-Magnus-Schule in 2020 liegt bei rund 1,2 Millionen Euro. Der Beginn am Schulzentrum und an der Richard-Hecht-Schule ist in der zweiten Jahreshälfte vorgesehen.

Für die Erweiterung und Sanierung der „Theodor-Heuss-Grundschule“ in Büchig wird unter Einbindung der Nutzerinnen und Nutzer aktuell eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Die Ergebnisse werden demnächst präsentiert. Im Anschluss wird die weitere Vorgehensweise im Gemeinderat beraten.

Insgesamt werden wir, was die Schulen angeht, einen „Masterplan Schulen“ angehen müssen. Wie in so vielen Bereichen werden wir mittel- und langfristig planvoll vorgehen müssen.

Ich komme damit zum zweiten Kernthema, unserer **kommunalen Infrastruktur**. Den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt zur Verfügung stehende öffentliche Gebäude und Einrichtungen, Straßen oder die Wasserversorgung sind essentielle Parameter für die Standortqualität. Wer hierauf achtgibt ist für die Zukunft gut aufgestellt.



Im Dezember beschloss die Verbandsversammlung des Zweckverbands „Wasserversorgung Mittelhardt“ den Bau einer zentralen Enthärtungsanlage. Nach entsprechendem Weisungsbeschluss des Gemeinderates Stutensee wurde diese Frage damit nach über fünf Jahren entschieden.

Wir haben uns im zurückliegenden Jahr sowohl im Gremium als auch im direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv mit der Thematik befasst. Alle, die dies wollten, konnten die eigene Sicht einbringen und vertreten. Die zu treffende Abwägung fiel nicht in die Kategorien „richtig“ oder „falsch“. Wie bei vielen Gemeinderatsbeschlüssen hat sich niemand die Entscheidung leicht gemacht.

Fundament der Demokratie ist es, mehrheitlich getroffene Entscheidungen gemeinsam zu vertreten und hinter diesen zu stehen. Ich zitiere nochmals den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau, der im März 2000 sagte: „Demokratie funktioniert nach dem Mehrheitsprinzip. Dieses Mehrheitsprinzip funktioniert aber nur, wenn Mehrheit und Minderheit, trotz unterschiedlicher Auffassungen, eine gemeinsame Sache haben.“

Unsere gemeinsame Sache ist die Entwicklung unserer Stadt, die Entwicklung Stutensees. Dafür wurden wir gewählt und dafür sind wir als Gremium verantwortlich.

Im April hatte unsere Bewerbung um die Bundesförderung im Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ Erfolg, sodass wir den Neubau der Mehrzweckhalle in Staffort angehen konnten. Der Planungswettbewerb begann umgehend.

Wir wollen eine multifunktionale Halle, die Zentrum des öffentlichen Lebens im Stadtteil sein kann.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden dem Preisgericht im Dezember vorgestellt. Wenn der Siegerentwurf gekürt ist, kann die weitere Planung in 2020 erfolgen. Für die Maßnahme sind in den kommenden Jahren, bis 2023, Mittel in Höhe von insgesamt 6 Millionen Euro eingestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war die Sporthalle Spöck, wo die Gebäudetechnik mit rund 625.000 Euro umfassend saniert wurde.

Im Zusammenhang mit dem Wohnpark Mittendrin wurde im September mit den Arbeiten für den Neubau des Parkplatzes der Festhalle begonnen. Insgesamt werden einschließlich der Zufahrt zur Festhalle knapp 800.000 Euro investiert. Darüber hinaus hat der Abbruch des alten Stutenseebads begonnen und wird bis März dieses Jahres abgeschlossen.

Die neue Schulbushaltestelle entsteht in der Erich-Kästner-Straße. Der Gesamtinvest inklusive der nördlichen Erschließungsstraße beläuft sich auf über 620.000 Euro.

Mit dem Neubau der Fuß- und Radwegebrücke über die Pfinz-Heglach am Festplatz wurde eine erhebliche Verbesserung der Verkehrssituation für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende geschaffen.

Zu nennen ist noch die umfassende Sanierung der Speyerer Straße im Stadtteil Spöck, die ab August 2020 für rund 800.000 Euro durchgeführt wird. Da die Maßnahme auch im Zusammenhang mit der Erschließung des neuen Wohngebiets Vierundzwanzigmorgenäcker steht, ist die Ausführung in 2020 und 2021 notwendig.

Neben der eigentlichen Straße werden dort in großen Teilen auch die Leitungen für Trinkwasser neu verlegt sowie der Abwasserkanal getauscht.

„Kommunale Infrastruktur“, das sind heute nicht mehr nur Straßen und Leitungen. Wir verstehen darunter auch die Dateninfrastruktur und deren Digitalisierung. Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht.

Bewerbungen bei der Stadt Stutensee erfolgen über unser elektronisches Recruiting-System, die E-Vergabe für städtische Aufträge wurde 2019 zusammen mit einer Zentralen Vergabestelle eingeführt und in diesem Jahr werden wir den digitalen Sitzungsdienst der Stadt Stutensee auf ein umfassendes digitales Ratsinformationssystem umstellen. Dieser Schritt wird die Arbeit des Gemeinderates und die Gremienarbeit der Verwaltung deutlich optimieren und diese letztlich auch transparenter machen.

Aus dem Digitalpakt des Bundes erhalten wir als Schulträger zur weiteren Verbesserung der digitalen Infrastruktur unserer Schulen knapp 800.000 Euro.

Mit dem „Zukunftshaus Stutensee“ im Begegnungszentrum Regenbogen gestalten wir auch die Digitalisierung mit. Das Projekt „Zukunftshaus“ wurde im Rahmen des Landeswettbewerbs „Digitale Zukunftskommune“ mit einer Prämie von über 65.000 Euro bedacht.

Wir haben die Chance, einen Ort der Digitalisierung zu schaffen, an dem sich digitale und analoge Welt verbinden. Ein niederschwelliges Angebot für die Bürgerschaft kann Digitalisierung erlebbar machen und so unsere Gemeinschaft stärken.

Die Möglichkeit, im Begegnungszentrum das Zukunftshaus anzusiedeln, geht ganz maßgeblich auf die unermüdliche Arbeit der am Bau des Begegnungszentrums beteiligten Ehrenamtlichen zurück.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern meinen großen Dank für ihren Einsatz auszusprechen. Dieses Projekt ist nur durch Sie möglich. Es ist bewundernswert, was Sie für die Gemeinschaft leisten und dafür danke ich Ihnen.

Damit komme ich zum dritten Kernbereich unseres Handelns, **„Nachhaltiges und Soziales Stutensee“**.

Mit der Teilnahme am European Energy Award stellen wir uns im Bereich Klimaschutz einem anerkannten Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystem.

Wir wollen als Stadt unseren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft auch weiterhin leisten. Mit unserem Energiemanagement sind wir hier bereits seit vielen Jahren aktiv – und erfolgreich.

Eng damit verbunden ist unser Einsatz für Natur und Umwelt. Zur weiteren Steigerung der Artenvielfalt im Siedlungsbereich tragen unsere Wildstauden-, Baum- und

Strauchprogramme bei. Für das Anlegen wildbienen- und insektenfreundlicher Flächen wurden wir mit dem Landespreis „Goldene Wildbiene“ ausgezeichnet.

Der „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Landwirtschaft und Naturschutz, die Nistkästenaktion am Trafohäuschen in Spöck und die Aktion „Blühende Feldflur“ sind nur einige weitere Beispiele für unser vielfältiges Engagement. Darüber hinaus konnten wir dieses Jahr rund 100 Bäume nachpflanzen. Das soll keinesfalls alles gewesen sein.

Es ist ein schöner Erfolg und Bestätigung dieser Arbeit, dass wir für den deutschlandweiten Labeling-Prozess „StadtGrün naturnah“ ausgewählt wurden. Wir werden dabei bei der Umsetzung eines ökologischen Grünflächenmanagements unterstützt.

Zu unserem Engagement zählen auch die Bereitstellung von E-Ladesäulen in jedem Stadtteil sowie die Ausrüstung des Bauhofs mit Elektrofahrzeugen. Darüber hinaus konnte in jedem Stadtteil ein Carsharing-Angebot realisiert werden.

Auf den Angeboten des Öffentlichen Personennahverkehrs liegt ebenfalls unser Augenmerk. Wir stehen dazu in Gesprächen mit der AVG. Dabei ist auch die Stadtbahnlinie S2 ein Thema, das wir aktiv begleiten. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, 20.000 Euro für Planungskosten einzustellen, werden wir für die Haushaltsberatung aufgreifen.

Mobilität ist auch eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere im Alter. Mit der Einführung des Karlsruher Passes ab 65 konnten wir die Lebenssituation für ältere Menschen in Stutensee weiter verbessern.

Dass das Angebot auch die Ermäßigung auf die KVV „Karte ab 65“ umfasst ist nicht selbstverständlich. Umso mehr freut es mich, dass der Gemeinderat so umsichtig beschlossen hat. Es zeigt einmal mehr, dass wir ganzheitlich und themenübergreifend denken, hier für die Bereiche Mobilität, Leben im Alter und soziale Teilhabe.

Im Bereich Soziales sind wir in diesem Jahr insbesondere in der Seniorenarbeit bemerkenswert vorangekommen.

Der Pflegestützpunkt wird rege nachgefragt. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen das unabhängige Beratungsangebot gerne an. Der regelmäßige fachliche Austausch im „Runden Tisch Senioren“ stärkt die Vernetzung der lokalen Akteure. Die so gut abgestimmte Zusammenarbeit aller Organisationen und Einrichtungen ist ein direkter Mehrwert für unsere Stadt.

Seit diesem Jahr gibt es mit der Quartiersmanagerin und dem Seniorenbeirat Stutensee zwei weitere Anlaufstellen und eine Vertretung für die Belange älterer Menschen.

Eingangs habe ich bereits zur Wohnentwicklung in Stutensee gesprochen. Dem „Wohnen im Alter“ kommt eine besonders hohe Bedeutung zu.

Es ist unsere Aufgabe für älter werdende Mitbürgerinnen und Mitbürger Wohnraum zu schaffen und die benötigten Angebote zur Verfügung zu stellen.

Im Neubaugebiet Vierundzwanzigmorgenäcker in Spöck haben wir die Chance, auf städtischen Grundstücken Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen zu realisieren.

Nachdem wir die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nach ihren Vorstellungen vom Wohnen im Alter befragt haben, haben bis zur vergangenen Woche verschiedene interessierte Unternehmen mit Betreibern die Möglichkeit genutzt, ihren Hut in den Ring zu werfen. Die erforderlichen Unterlagen werden den Unternehmen nun zur Erstellung eines Konzepts zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss werden die Konzeptionen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Das Gremium wird dann entscheiden, welchem der eingereichten Konzepte der Vorzug gegeben wird. Wir gehen in diesem Verfahren einen zielgerichteten Weg, der so zu einem individuell auf Stutensee zugeschnittenen Angebot für Seniorinnen und Senioren und möglicherweise auch für jüngere Pflegebedürftige führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
bevor ich zum Ende meiner Ausführungen komme, möchte ich nochmal darauf eingehen, was ich bereits kurz zum Wettbewerb um Fachkräfte gesagt habe.

Wie auch andere Kommunen und Städte Baden-Württembergs brauchen wir, braucht die Stadt Stutensee Mitarbeitende, die sich den wachsenden Aufgaben stellen.

Die Herausforderungen, die Kommunalverwaltungen zu meistern haben, nehmen stetig zu. Zu nennen sind dabei unter anderem die Ganztagesbetreuung in Kitas und Grundschulen, die Betreuung und Integration Geflüchteter, die Umsetzung und Begleitung neuer gesetzlicher Regelungen, wie zum Beispiel § 2b Umsatzsteuergesetz, die Digitalisierung und vieles mehr.

Diese zusätzlichen Aufgaben führen zu einem Anstieg des Personalaufwands. Auch steigende Einwohnerzahlen sowie veränderte Bedarfe der Stadtgesellschaft wirken sich auf die erforderlichen Stellen aus.

Phasenweise sind Teams in der Lage, Belastungsspitzen aufzufangen. Permanent zu hohe Beanspruchungen führen zu Verdruss und sind auf lange Sicht eine Gefahr.

Unsere Mitarbeitenden sind unser wertvollstes Kapital. Ich bin allen für ihre Arbeit zum Wohle unserer Stadt sehr dankbar. In Zeiten zunehmender Aufgabendichte und steigender Komplexität entscheidet die Ressource Personal mehr denn je über unseren Erfolg.

Auch vor diesem Hintergrund werden wir die Gesamtorganisation unserer Verwaltung gemeinsam mit den Mitarbeitenden konstruktiv überprüfen und weiterentwickeln.

Denn orientiert am Motto Robert Boschs: „Wer aufhört besser zu werden, hört auf gut zu sein.“

Begonnen haben wir mit der Organisationsuntersuchung der IuK und der „Werke“. Insgesamt sind die strategischen Themen Digitalisierung und Prozessoptimierung von hoher Dringlichkeit – und nicht zuletzt die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Wir können es uns nicht leisten, hier den Anschluss zu verpassen. Daher braucht es hierfür mehr Kapazität.

Auch das Ordnungsamt braucht Verstärkung in Sachen Vollzugsdienst. Nicht zuletzt aus der Bürgerschaft kommt, vermehrt, kontinuierlich und mit Nachdruck der Ruf nach Verkehrskontrollen was überhöhte Geschwindigkeit oder Parkverstöße angeht.

Unsere Stadtverwaltung ist auch weiterhin schlank aufgestellt. Personalmehrungen erfolgten in den vergangenen Jahren immer mit Augenmaß. Jede Personalanforderung wurde und wird auch weiterhin auf ihre Notwendigkeit geprüft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
wir legen Ihnen heute einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vor. Gleichwohl sind uns enge finanzielle Rahmenbedingungen vorgegeben. Den eingeschlagenen nachhaltigen Konsolidierungskurs werden wir gemeinsam konsequent weitergehen.  
Dieser Haushaltsentwurf konnte naturgemäß den Kassenschluss zum 31.12.2019 noch nicht einbeziehen. Dies wird jedoch bis zu den Haushaltsberatungen in der kommenden Woche der Fall sein.

Ich schließe mit einem Zitat von Albert Einstein:  
„Inmitten der Schwierigkeiten liegen die Möglichkeiten.“ Es sind anspruchsvolle Zeiten für Stutensee. Unsere Aufgabe ist es, die darin liegenden Möglichkeiten zu erkennen und sie für unsere Stadt zu realisieren.

Jüngst wurde Stutensee in einer deutschlandweiten Standortanalyse mittelgroßer Städte auf Rang 16 geführt. Dieses Ergebnis ist Bestätigung und Auftrag zugleich. Die Studie untersuchte, wie sich die Lebensbedingungen der Menschen in den vergangenen Jahren verbessert haben. Wir haben vieles richtig gemacht und können daran anknüpfen.

Wir dürfen dabei auf viele ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger zählen, die hier wichtige Funktionen übernehmen. Ohne Sie würde unser Gemeinwesen nicht in dieser Güte funktionieren. Unsere Ehrenamtlichen sind für Stutensee unverzichtbar.

Dazu zählen neben der Feuerwehr und den Rettungsorganisationen unsere Kirchen, Vereine und weitere Organisationen, wie z. B. Volkshochschule, Mehrgenerationenhaus, Musikschule, Familienzentrum und viele mehr.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen, die sich zum Wohle unserer Stadt einsetzen; bei allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Behörden, Schulen, Vereinen, Verbänden, Presse und weiteren Institutionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, in den Ortschaftsräten und in der Verwaltung, mein besonderer Dank gilt Ihnen für die gute Zusammenarbeit und all denen, die diesen Haushalt unter besonders schweren Umständen aufgestellt haben.

Vielen Dank!



## Erklärung SPD-Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Geißler,

werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

werte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

die heutige Haushaltsverabschiedung erfolgt erstmalig nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht, das die Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in den

Mittelpunkt rückt. So werden die Abschreibungen, also der Werteverzehr, als reale Ausgaben im neuen Ergebnishaushalt verbucht. Hinzu kommen die Ausgaben für Sanierungsmaßnahmen, die nur die Funktionsfähigkeit einer Einrichtung gewährleisten, aber keinen Mehrwert darstellen. Diese konnten nach dem bisherigen kameralistischen Haushaltsrecht teilweise noch in den Investitionsplan eingestellt werden. Beide beträchtlichen Ausgabenpositionen zusätzlich zu dem laufenden Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebsaufwand im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, ist eine echte Herausforderung. So können die Abschreibungen im laufenden Jahr noch nicht im vollen Umfang erwirtschaftet werden, was jedoch ab 2022 voraussichtlich der Fall sein wird. Da aber Zins und Tilgung problemlos finanziert werden können und auch die Liquidität gut ist, steht die Genehmigung des Haushalts für eine Übergangszeit nicht in Frage.

Die SPD-Fraktion betrachtet das Jahr 2020 im Blick auf das neue Haushaltsrecht und angesichts der Unsicherheiten über die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten als Übergangsjahr, das Ausgabendisziplin erfordert. Denn wir kennen noch nicht die genaue Abschreibungssumme, die erst bis zur Jahresmitte ermittelt sein wird. Die veranschlagten 3,8 Mio € stellen zunächst nur einen Schätzwert dar, der hoffentlich der Realität möglichst nahekommt.

Auch wissen wir noch nicht, wie sich das Bruttoinlandsprodukt und die Wirtschaft weiterentwickeln. Nach einem schwachen Wachstum des BIP in Höhe von nur 0,6% im vergangenen Jahr geht die Bundesregierung für 2020 von 1,1 % aus. Diese Prognose steht aber angesichts der abgekühlten Weltkonjunktur, der internationalen Handelskonflikte und des Brexits auf unsicheren Beinen. Von daher wissen wir nicht genau, wie sich unsere Einnahmen über die Schlüsselzuweisungen, die Einkommensteueranteile und die Gewerbesteuern entwickeln, die von den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten abhängen.

Wir hoffen, dass bis zum Jahresende größere Gewissheit und damit Sicherheit für die mittel- und längerfristige Haushaltsplanung besteht.

Und damit bin ich beim Verfahren für die Haushaltsberatung und –verabschiedung angelangt. Unserer Auffassung nach gilt hier: Genauigkeit vor Schnelligkeit! Erst muss der Gemeinderat möglichst genau die Eckdaten als Voraussetzung für seine Entscheidungen kennen. Deshalb war es richtig, die Haushaltsberatung und –verabschiedung auf Anfang und

Mitte Februar zu verschieben. Anfang Dezember ging die Kämmerei noch von liquiden Eigenmitteln in Höhe von nur 5,2 Mio € zum

Jahresende 2019 aus, während es nach der zwischenzeitlichen Ermittlung der genauen Zahlen sogar 15,2 Mio € sind. Jetzt ist auch keine Kreditaufnahme in Höhe von 2 Mio € mehr notwendig, im Gegenteil. Durch eine Sondertilgung in Höhe von 1 Mio € wird der Schuldenstand entsprechend reduziert.

Deshalb für die kommenden Jahre im Sinne der Haushaltsklarheit und -wahrheit nochmals unsere Forderung: Zunächst die genauen Zahlen ermitteln, dann die Haushaltsplanberatung und –verabschiedung, auch wenn diese erst im Januar oder Februar erfolgen kann.

Trotz der positiven Entwicklung der Liquidität, der nicht notwendigen Kreditaufnahme und des Schuldenabbaues, die zum Bereich des Finanzhaushaltes gehören, müssen wir – wie bereits zu Beginn angedeutet - im Blick auf den Ergebnishaushalt Ausgabendisziplin wahren. Deshalb ist es sehr lobenswert, dass die verschiedenen Amtsbereiche der Stadtverwaltung von sich aus im Vorfeld der Beratungen zu teils beträchtlichen Einsparungen bereit waren. Hinzu kommen die beschlossenen Minderausgaben im Rahmen der öffentlichen Haushaltsplanberatung am 20.01. in Höhe von 621.000 €.

Neben den Ausgaben und möglichen Einsparungen gilt es insbesondere die Einnahmenseite des Ergebnishaushaltes zu betrachten. Angesichts den bereits angesprochenen Herausforderungen des NKHR hat es sich als richtig erwiesen, im letzten Jahr die Grundsteuer B und den Gewerbesteuerhebesatz maßvoll erhöht zu haben, ohne dadurch jemanden über Gebühr zu belasten. Eine maßvolle Erhöhung hätten wir uns vor Kurzem auch bei den Friedhofsgebühren gewünscht. Leider hat sich eine Mehrheit für eine bei manchen Bestattungsformen recht drastische Erhöhung auf einen Schlag ausgesprochen. Wir tragen dies mit, fordern aber für die Zukunft, Steuern und Gebühren lieber in kürzeren Zeitabständen maßvoll an die gestiegenen Kosten anzupassen.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen nun zu den Vorhaben, die uns als SPD-Fraktion wichtig sind:

Zunächst zum Stellenplan: Die von der Verwaltung beantragten Erhöhungen um 4,5 Stellen sind wohlbegründet und in keiner Weise überzogen. Das betrifft die Stelle für den Bereich Digitalisierung/Organisationsentwicklung/Bürgerbeteiligung sowie die Stellen bzw. Stellenanteile in den Bereichen IuK-Technik, Jugendsozialarbeit, städtischer Vollzugsdienst, BürgerBüro Blankenloch, Feuerwehrgerätewart und Rechnungsprüfungsamt.

Für unsere Fraktion stellt sich im Blick auf die Jugendsozialarbeit die Frage, weshalb die auf unseren Antrag hin bereits für das Jahr 2019 beschlossene Stelle erst jetzt ausgewiesen und ausgeschrieben wird. Die Mitarbeiter im Bereich der Jugend- und Schulsozialarbeit hätten angesichts des zunehmenden Bedarfs u.a. auch durch die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Jugendforen eine personelle Entlastung schon im Vorjahr dringend nötig gehabt.

Was den neuen Stellenanteil von 50% für den Bereich der IuK-Technik anbetrifft, regen wir an, zeitnah zu überprüfen, ob diese Erhöhung ausreicht, um das für die Zukunft wichtige und komplexe Arbeitsfeld zu bewältigen. Denn zu den bereits in der Planung und in der Durchführung befindlichen Digitalisierungsprojekten kommt die Umsetzung des Digitalpaktes für 5 Grundschulen sowie die beiden großen Schulen im Schulzentrum hinzu. Dazu gehört zukünftig auch die Betreuung der Schulnetze sowie die Wartung des teuren

Gerätepools. Damit die Digitalisierung im Schulbereich gelingt, muss dies durch Fachpersonal geschehen und kann nicht nebenbei durch

Lehrkräfte erfolgen. Unseres Erachtens sollte es dafür dauerhafte Landeszuschüsse oder eine Erhöhung der Sachkostenbeiträge geben. Darauf hinzuwirken, wäre die Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände.

Zur Jahresmitte kann nach erfolgloser Ausschreibung im Vorjahr nun auch endlich die Personalstelle für das Flächenmanagement besetzt werden. Nachdem die Bauverwaltung bereits die Wohnungsleerstände ermittelt, ein Baulückenkataster erstellt und die Potenziale für ein Bauen in zweiter Reihe aufgezeigt hat, besitzt der zukünftige Flächenmanager die notwendigen Ansatzpunkte für eine verträgliche bauliche Innenentwicklung im Benehmen mit den Bürgern

Ebenfalls in den Bereich des Ergebnishaushaltes gehört die Erarbeitung eines Stadtentwicklungsplanes, den wir mehrfach in den letzten Jahren angemahnt haben und den auch Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, für erforderlich halten. Denn die Herausforderungen in den Bereichen Klima- und Artenschutz, bezahlbares Wohnen, Gewerbe, Digitalisierung, Mobilität, Demographie sowie Bildung und Betreuung haben sich teilweise grundlegend gewandelt und bedürfen eines ganzheitlichen, aufeinander abgestimmten Konzepts mit klarer Prioritätensetzung für das nächste Jahrzehnt. Unserer Auffassung nach sollten wir den notwendigen Stadtentwicklungsprozess zeitnah in Gang setzen und die Bürgerschaft nach dem Vorbild der Perspektivwerkstätten „Zukunft Wohnen in Stutensee“ beteiligen. Die Ergebnisse der Perspektivwerkstätten sollten in diesen Prozess einfließen. Wenn der Gemeinderat die zu erarbeitenden Ziele und Maßnahmen wirklich ernst nimmt, wird der Stadtentwicklungsplan – wie anscheinend manche befürchten - nicht in einer Schublade landen, sondern Schritt für Schritt umgesetzt. Damit der ganze Prozess effektiv abläuft, benötigen wir die Unterstützung durch ein erfahrenes Prozessbegleitungsbüro, zumal wir in der Verwaltung die erforderlichen personellen Ressourcen nicht besitzen.

Auch über die Beteiligung am Stadtentwicklungsprozess hinaus ist uns die Beteiligung aller Altersgruppen der Bürgerschaft an den kommunalen Entscheidungsprozessen wichtig. Dazu sollten wir die beabsichtigte Bürger-App sowie die Jugendbeteiligungs-App zeitnah einführen. Ebenso unterstützen wir die Initiativen des Seniorenbeirats im Sinne der älteren Generation. Was die Jugend anbetrifft, so stehen wir dem Wunsch aus dem Jugendforum nach Begegnungsmöglichkeiten in den nördlichen Stadtteilen offen gegenüber.

Im Rahmen der Stadtentwicklung nimmt für uns der Klima- und Umweltschutz eine zentrale Rolle ein. Deshalb unterstützen wir die Beteiligung der Stadt am Zertifizierungsverfahren des „European Energy Award“, das durch die Energie- und Umweltagentur des Landkreises begleitet wird. Denn gerade im Bereich der Energieeffizienz und regenerativen Energieerzeugung zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung sollte die Kommune Vorbild sein. Dazu gehört auch, in Kooperation mit den Stromanbietern das System der E - Ladesäulen in den Stadtteilen schrittweise auszubauen, um eine höhere Akzeptanz für die E-Mobilität zu erreichen.

Im Bereich des Umweltschutzes ist der Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt vorrangiges Ziel. So unterstützen wir alle bereits im Gange befindlichen Initiativen in diesem Bereich und begrüßen besonders die Teilnahme der Stadt am Labeling-Verfahren „StadtGrün naturnah“. Dadurch soll die Einsicht in die Notwendigkeit naturnaher Gestaltungsformen anstelle eintöniger öffentlicher und privater Grünflächen geweckt werden. Wir verbinden



damit die Hoffnung, dass u.a. die Anzahl öder Schottergärten deutlich reduziert werden kann.

Wichtig für den Klimaschutz ist auch der Ausbau des ÖPNV. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen, die Stadtbahnlinie S2 von Spöck über Karlsdorf-Neuthard nach Bruchsal zu verlängern. Entscheidend wird aber sein, ob ökologische Gesichtspunkte zukünftig in der Kosten-Nutzen-Analyse des standardisierten Genehmigungsverfahrens stärker gewichtet werden.

Nachdem erreicht werden konnte, dass die Buslinie von Spöck nach Bruchsal an den Wochenenden auch nachts verkehrt, regen wir für den Stadtteil Staffort an, in den Nachtstunden der Wochenenden eine „On Demand“- Verbindung zum Bahnhof Weingarten zu erproben. Mehrere Landkreisgemeinden haben mit diesem flexiblen Angebot schon positive Erfahrungen gemacht.

Einen kleinen Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität können auch die von uns beantragten Mitfahrerbanke leisten.

Doch nicht nur der Klima- und Naturschutz ist der SPD-Fraktion ein zentrales Anliegen, sondern ebenso die Teilhabe aller Menschen und Altersgruppen am gesellschaftlichen Leben. Deshalb freuen wir uns, dass es uns gelungen ist, nach der bereits vor einigen Jahren erfolgten Einführung des „Karlsruher Kinderpasses“ im Vorjahr eine Mehrheit für den „Karlsruher Seniorenpass ab 65“ zu erreichen. Nun regen wir an, die Lücke zwischen den beiden Altersgruppen zu schließen und den „Karlsruher Pass“ für die mittlere Altersgruppe einzuführen.

Ein großes soziales Problem ist der Mangel an bezahlbarem und sozialem Wohnraum. Darauf wies auch die Sachgebietsleiterin für die sozialen Dienste jüngst im Rahmen des von ihr vorgetragenen Sozialberichts hin. Das Problem kann also nicht länger verdrängt werden und bedarf zeitnah einer Lösung. Der Verweis auf den freien Wohnungsmarkt hilft den Betroffenen angesichts der geforderten hohen Mietpreise nicht weiter. Nun bietet sich aber in Form einer freien Landesfläche im Stadtteil Friedrichstal eine mögliche Lösung an. Der regionalen Presse war vor Kurzem zu entnehmen, dass das Land landeseigene Flächen für den kommunalen sozialen Wohnungsbau zu günstigeren Konditionen veräußern will. Auch die Überlassung von Wohnbauflächen für diesen Zweck in Form von Erbpachtverträgen ist beabsichtigt. Die Verhandlungen mit dem Land sollten in dieser Hinsicht geführt werden und der Gemeinderat sollte die Gründung einer kommunalen sozialen Wohnungsbaugesellschaft beschließen.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema ist die Digitalisierung, die mittlerweile alle Lebensbereiche erfasst hat. Wir unterstützen alle Initiativen im Rahmen der Digitalisierungsstrategie „Lebendige Zukunftskommune – Stutensee 4.0“. Das gilt besonders auch für das Projekt „Zukunftshaus Stutensee“, das seinen Platz im zukünftigen Begegnungszentrum „Regenbogen“ in Spöck finden wird. Ebenfalls ist uns der Ausbau der Online-Bürgerdienste wichtig, ohne dass dadurch die Serviceleistungen im BürgerBüro vor Ort eingeschränkt werden.

Thematisiert wurde in der letzten Zeit auch der Auftritt der Stadt bei der Verbrauchermesse Offerta. Wir konnten uns vor Ort von der guten Resonanz überzeugen, die die Aktionen der Stadt und der Vereine beim Publikum fanden. Deshalb sprechen wir uns für eine weitere Beteiligung aus, stellen aber die Frage, ob dies jährlich sein muss. Im Blick auf die Bindung

personeller Ressourcen für diesen Zweck würde unseres Erachtens ein zweijähriger Turnus ausreichen.

Zeitnah muss auch die Zukunft des Hallenbads in Spöck thematisiert werden. Wir begrüßen es, dass eine Projektgruppe mit Vertretern aller Beteiligten gebildet wird und gehen ergebnisoffen in die anstehenden Beratungen.

Den für 2020 vorgesehenen Investitionen stimmen wir zu, zumal die meisten davon keine völlig neuen Maßnahmen sind, sondern schon längst vorberaten und vorbereitet wurden. Für manche liegt bereits die Zuschussbewilligung vor, andere befinden sich noch in der Realisierungsphase oder es steht noch die Endabrechnung aus. Trotzdem einige Anmerkungen zu wichtigen Projekten:

Priorität haben für uns die vorgesehenen Sanierungs-, Ausbau- und Brandschutzmaßnahmen in den Schulen und Kindergärten aller Stadtteile, die sich teilweise auch über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus erstrecken werden.. Im Blick auf die umfangreichen Brandschutzmaßnahmen im Schulzentrum ist durch entsprechenden Ersatz sicherzustellen, dass ein ungestörter Schulbetrieb stattfinden kann. Wir begrüßen auch, dass das Gymnasium ein naturwissenschaftliches Profil im wichtigen Zukunftsbereich Informatik, Mathematik, Physik anstrebt. Dafür wird aber die zeitgemäße Umgestaltung einiger veralteter Räume mit Hörsaalcharakter notwendig sein.

In diesem Zusammenhang haben wir uns bereits bei den letzten Haushaltsplanberatungen für die Neuauflage eines Schulentwicklungsplanes ausgesprochen, um zukünftig in diesem Bereich rechtzeitig und vorausschauend handeln zu können. Dieser vorausschauende Blick hat leider bei der Theodor-Heuss-Grundschule in Büchig gefehlt, wo angesichts sehr beengter Verhältnisse sowohl im Schulbereich als auch bei der Ganztagesbetreuung großer Handlungsbedarf besteht.

In Staffort rückt nach Abschluss des Architektenwettbewerbs die Realisierungsphase für die von Schule und Vereinen dringend benötigte neue Mehrzweckhalle in greifbare Nähe. Auf Grundlage des Siegerentwurfes, der in Kürze vorgestellt wird, können sich im Verlauf dieses Jahres die nächsten Planungs- und Verfahrensschritte anschließen.

Bis Mitte des Jahres kann das Begegnungszentrum „Regenbogen“ in Spöck eingeweiht werden. Ein Bürgerzentrum, das nicht nur das Digitalprojekt „Zukunftshaus Stutensee“ beherbergen wird, sondern vielfältige bürgerschaftliche Aktivitäten ermöglicht und damit einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Dorfgemeinschaft leisten kann. Den vielen ehrenamtlichen Helfern, die unzählige Arbeitsstunden zur Realisierung des Zentrums aufgewendet haben, gilt unsere Anerkennung für ihr vorbildliches bürgerschaftliches Engagement.

Darüber hinaus kann in Spöck das Projekt Seniorenwohnen mit einem Ideenwettbewerb zwischen interessierten Investoren beginnen. Entgegen der Auffassung, dass es nur einen Interessenten gäbe, den man nicht vergraulen dürfe, haben sich mehrere Interessenten gemeldet. Unter den verschiedenen Lösungsansätzen kann also nach dem örtlichen Bedarf der passendste ausgewählt werden.

Ebenfalls in Spöck steht die Sanierung der Speyerer Straße an, die kein Aufschub duldet, weil unter ihr auch die Leitungssysteme für den Anschluss des Neubaugebiets Vierundzwanzigmorgenäcker verlegt werden.

In Friedrichstal steht die Sanierung des alten Rathauses an, wobei uns ein barrierefreier Zugang sehr wichtig ist.

In Blankenloch werden zur Zeit mit der Neuanlage des Festhallenparkplatzes, dem Abriss des alten Bades und den Tiefbaumaßnahmen zur Erschließung die Voraussetzungen zur Realisierung des Wohnparks „Mittendrin“ geschaffen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Geißler,

werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir uns in unserer Haushaltsrede auf einige Schwerpunkte beschränkt haben, so bedeutet dies nicht, dass uns andere Haushaltsansätze weniger wichtig sind. In diesem Sinne stimmt die SPD-Fraktion sowohl dem vorliegenden Haushaltsplan als auch dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb „Abwasser Stutensee“ zu.

Bei den Mitarbeitern des Rechnungsamtes unter der Leitung unserer neuen Kämmerin Frau Leyerle bedanken wir uns für die bei der Aufstellung der Planwerke geleistete Arbeit.

Bedanken möchten wir uns ebenfalls bei den Kolleginnen und Kollegen für die weitgehend faire und sachliche Zusammenarbeit.

Dank auch für die Aufmerksamkeit

Wolfgang Sickinger



## Erklärung der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zum Haushalt 2020

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Frau Oberbürgermeisterin Becker, liebe Mitarbeitende der Stadt, liebe Mitglieder des Gemeinderats,

zuerst einmal vielen Dank Frau Leyerle und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben ein noch umfangreicheres Werk als in den letzten Jahren in großer Genauigkeit und Ausführlichkeit zusammengestellt. Das war in diesem Jahr nicht einfach, da der Haushaltsplan zum ersten Mal nach der Doppik erstellt wurde. Etliche Kürzungen mussten vorgenommen werden, nicht zuletzt in den Beratungen des Gemeinderats. Diese fanden in einem sehr konstruktiven Klima statt. Dies und das Ergebnis im Haushalt machen mich zuversichtlich, dass wir in der Zusammenarbeit von Verwaltung und Gemeinderat unsere Stadt auch in Zukunft auf gute finanzielle Beine stellen.

Aber trotz der Einsparungen haben wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN natürlich Wünsche, Forderungen und Ziele, die wir als Stadt zum Teil erfüllen können oder müssen, die vielleicht aber auch nicht alle in diesem Jahr erreicht werden.

### Stadtentwicklungsplan

Für uns ganz oben auf der Agenda steht ein Stadtentwicklungsplan. Wir wollen für Stutensee einen Stadtentwicklungsplan, der ökologisch, fair, sozial orientiert ist und dem Klimaschutz dient und nicht konzentriert ist auf die Entwicklung weiterer Wohngebiete und Gewerbeflächen. Die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen sollten dabei Richtschnur für die Inhalte sein. Die Beteiligung der Mitbürgerinnen und Mitbürger, sowie des Gemeinderats von Anfang an ist genauso selbstverständlich, wie dass am Ende konkrete Ergebnisse und Arbeitsschritte stehen müssen, die umsetzungsfähig sind. Eine regelmäßige Überprüfung der Ergebnisse ist notwendig.

### Umwelt- und Naturschutz

Ein ganz wichtiger Faktor im Haushalt und im Stadtentwicklungsplan ist der Umwelt- und Naturschutz. Wir freuen uns, dass Geld und Personal für den **European Energy Award** in unserem Haushalt zur Verfügung gestellt wird. Wir dürfen aber diesen EEA nicht als Feigenblatt sehen, im Sinne von wir machen ja was, sondern wir müssen jede einzelne Aktivität auf ihre Umweltverträglichkeit betrachten.

Dies beginnt beim Landverbrauch. Ist der Ruf nach Gewerbegebieten in unserer Stadt noch zeitgemäß oder müssen wir heute nicht bundesweit anders denken, an eine Umverteilung von Arbeit dahin, wo Menschen wohnen. Wie weit ist der Landverbrauch noch möglich? Wir entwickeln zwei neue Baugebiete: 24-Morgen-Äcker in Spöck und in Blankenloch innerorts „Wohnen mittendrin“. Dürfen wir den kommenden Generationen noch mehr Land wegnehmen, angefangene Gebiete wie Unterfeld in Staffort und Wohnen mit der Sonne in Friedrichstal vielleicht gerade noch, aber mehr? Ich sage nein!

Innerörtliche Verdichtung, höher bauen und auch wieder Wohnraumfläche pro Person verkleinern sind hier Stichpunkte, die wir gerne in die Hand des **Flächenmanagers** legen würden, und nicht den Einsatz für den Erwerb von Gewerbeflächen. Aber auch Wohnraum schaffen für ältere Menschen, so dass sie in die Lage versetzt werden, barrierefrei leben zu können und Wohnraum für sozial Schwächere, welche in Stutensee bei den bisherigen Neubaugebieten unterdurchschnittlich berücksichtigt wurden. Es ist gut, dass wir diese geförderte Stelle nun besetzen können.

Auch bei den **Neu- und Umbauten** in unserer Stadt müssen wir uns Gedanken machen: Wie sollen unsere Gebäude der Zukunft aussehen? Für die Stadtplanung müssen wir uns Standards setzen, so dass in Ausschreibungen auf Nachhaltigkeit geachtet wird. Themen sind hier beispielsweise Plusenergiegebäude, KfW 40+, Holzbauweise, Photovoltaik, Gründächer und keine Schottergärten. Standardvorgaben würden hier helfen, dass nicht bei jeder zukünftigen Bauplanung über dieselben Themen immer wieder diskutiert werden muss. Dies muss für unsere kommunalen Bauten gelten und soweit wie möglich in Bebauungsplänen vorgegeben werden. Informationen an private Bauherren sollten verstärkt werden. Es geht aber nicht nur um Energieeinsparung sondern auch um **Energiegewinnung**. Da sind wir in Stutensee zwar begrenzt, aber es muss u. E. dringend die Prüfung der Abwärmenutzung der Kläranlage Blankenloch angegangen werden, ebenso die Errichtung von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden wie die Information und Unterstützung von Privatpersonen. Letztlich sollten wir Untersuchungen zur Geothermie in der Nachbarschaft ganz genau beobachten, ob dies für Stutensee eine sinnvolle Energiequelle sein kann. Ein kleiner Beitrag zum Umweltschutz ist für uns die Kürzung des Betrags von weit über 100.000 EUR für **Sonnensegel** in Kindergärten und Schulen in ganz Stutensee und stattdessen die Pflanzung von Bäumen, die in wenigen Jahren ganz natürlichen Schatten geben. Ein Baum-Sponsoring sollte auf den Weg gebracht werden.

Neben diesen kleinen Beiträgen muss es aber auch um den großen Wurf gehen. Die Landesregierung hat ein **Gesetzesvorhaben in 7 Punkten** mit den Vertreterinnen des Bienen-Volksbegehren festgelegt. Wir als Kommune sollten anstreben diese 7 Punkte in Stutensee umzusetzen. Dazu gehört u.a. weniger Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel (hier sollten wir unsere Pachtverträge überprüfen), mehr ökologische Landwirtschaft, außerdem soll auf 15 % der Fläche ein **Biotopverbund** aufgebaut werden, 10 Prozent sollen Rückzugsräume für Tiere sein. Im Haushalt stehen zwar 50.000 € für die ökologische Aufwertung landwirtschaftlicher Fläche in allen Stadtteilen drin, darüber freuen wir uns, das sollte aber in Zukunft, wenn es der Haushalt zulässt, mehr werden. Die Vernetzung von vorhandenen Biotopen, so dass Tiere und Pflanzen sich auch über weite Entfernungen austauschen und wandern können, muss in Stutensee neu durchdacht werden. Dies kann allerdings nur zusammen mit der Landwirtschaft gelingen, denn für die Biotopvernetzung benötigen wir Platz. Unsere Kulturlandschaft ist jedoch vollständig durchstrukturiert. Ein weiterer Punkt ist der Erhalt von Streuobstwiesen. Hier müssen wir zusammen mit unserem neuen Umweltbeauftragten sehr zügig ein Bestands- und Pflegekonzept erarbeiten, genau wie für die Grünflächen außer- und innerorts.

Innerorts gibt es ja das **Labelingverfahren: Stadtgrün naturnah**. Dieses Labelingverfahren wird in der Regie des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt“ durchgeführt. Wir freuen uns, dass die Stadt hier teilnimmt, denn vor einigen Jahren wurde ein Antrag der

Grünen zum Beitritt zu diesem Bündnis von den nichtgrünen Stadträten einstimmig abgelehnt. Von diesem Labelingverfahren erwarten wir uns erhebliche Anstrengungen für die städtischen Flächen, sowie Informationen und Unterstützung für die Bevölkerung, so dass es ihr leichter fällt, die eigenen Flächen positiv für den Artenschutz und das Stadtklima zu gestalten.

Das passt auch zum letzten Punkt des Gesetzesvorhabens, nämlich Maßnahmen gegen **Schottergärten und Lichtverschmutzung**. Hier wäre im Baugebiet 24-Morgen-Äcker z.B. über Laternen mit Bewegungsmelder nachzudenken.

3 Dinge, worüber wir im Umweltschutz in diesem Jahr noch nachdenken sollten, wäre die Verbesserung der **Gewässersituation** ökologisch aber auch zwecks Hochwasser gerade in Blankenloch, die **Bewirtschaftung unseres Waldes** besser gesagt die Nichtbewirtschaftung und dadurch eventuelle Gesundung des Waldes und nicht zuletzt über die Einstellung eines **Klimamanagers**, der vom Staat zu 60 Prozent gefördert wird.

## ÖPNV

Nachdenken und Überprüfen müssen wir auch das **ÖPNV-Konzept**, speziell eine etwaige Verlängerung der S2 nach Bruchsal oder ein besserer Ausbau in Ost-West-Richtung. Hier wurden auf unseren Wunsch hin, 20.000 € Planungssumme in den Haushalt aufgenommen.

## Fairtrade

Auch auf unseren Wunsch hin hat die Stadt angefangen sich mit dem Thema Fairtrade zu beschäftigen und bewusst fair gehandelte Waren eingekauft. In der Zwischenzeit gibt es auch einen parteiunabhängigen Arbeitskreis Fairer Handel, der die Zusammenarbeit mit der Stadt sucht. Im Sommer soll hier unser Antrag, uns auf den Weg zum **Fairtrade-Town** zu machen, erneut behandelt werden und wir hoffen auf Zustimmung.

## Familie-Schule-Kindergärten

Im Bereich „**Familienbewusste Kommune Plus**“ sind wir gut aufgestellt, wir wurden sogar wiederholt ausgezeichnet.

Die **Schulen und Kindergärten** sind in Stutensee in einem guten bis sehr guten Zustand, dennoch werden wir auch in diesem Jahr für Umbauten vor allem im Rahmen des Brandschutzes und auch durch die Übernahme des katholischen Kindergartens in Blankenloch, in dem es einen Sanierungsstau gab, mehr als 3,5 Millionen investieren müssen. Dies müssen wir aber tun, denn Bildung ist nach wie vor eine unserer kostbarsten Ressourcen. Über die Nachmittagsbetreuung unserer Grundschülerinnen und -schüler sollten wir auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen erneut diskutieren, ob etwa eine **gebundene Ganztagschule** in Stutensee oder ähnliche Konzepte Sinn machen. Die im Haushalt eingepreisten Bauplanungen von Büchig sollten danach ausgerichtet werden.

Im diesjährigen Haushalt stehen für das Spöcker Hallenbad nur für das Betreiben ohne etwaige Bauunterhaltung und Sanierung fast 100.000 €. Hier muss der Gemeinderat dieses Jahr zu einer Entscheidung kommen, ob das Schwimmbad weiter betrieben werden soll.

## Digitalisierung

Ein Thema, das im Haushalt mit auf der Ausgabeseite steht, ist auch der Ausbau der **Digitalisierung**. Sie wird vom Land gefördert. Wir unterstützen diese Investition ausdrücklich. Wer aber sagt, ich will mehr und bessere Digitalisierung, der muss auch die Probleme der Digitalisierung sehen. Ein immens hoher Energieverbrauch (oft kaum beachtet), ein starke Überwachung der Gesellschaft und des Einzelnen und nicht zuletzt ein hohes Suchtpotenzial (s. BNN vorletzte Woche). Auch auf der Ebene der Kommune, z.B. beim Haus der Zukunft, müssen solche Themen eine wichtige Rolle spielen, muss dazu informiert und darüber diskutiert werden, und natürlich in unseren Schulen.

Etwas womit wir uns im kommenden Jahr auch befassen müssen, ist das Thema 5G und die Strahlung, sowie Mobilfunk- Veränderungen. Auch hier wäre eine Bürgerinformation grundsätzlicher Art, auch mit Gegnern dieser Ausweitung (bzw. der Strahlung) wichtig.

## Begegnungszentrum „Regenbogen

Im **Begegnungszentrum „Regenbogen“** in Spöck soll mit dem Zukunftshaus die Digitalisierung aufgegriffen werden, wofür wir 150.000 € im Haushalt stehen haben, von denen 65.000 € bezuschusst werden.

Das Begegnungszentrum insgesamt ist ein Zeichen für ehrenamtliches Engagement, denn dort wurde sehr viel Arbeit kostenlos durch Mitbürgerinnen und Mitbürger erbracht, Arbeit im Wert von über 100 000 €. Dafür allen Mithelfenden ganz großen Dank. Aber trotz der erbrachten Arbeit werden wir in diesem und nächsten Jahr 650.000 € in das Gebäude investieren, so dass es zusätzlich zur ehrenamtlichen Arbeit insgesamt mehr als eine Million € gekostet hat. Wir unterstützen dieses Vorhaben, aber wir wollen die Kosten hier auch klar und ehrlich benennen.

## Dank an Ehrenamtliche

Neben dem „Regenbogen“, und den beiden weiteren Familienzentren, Kultcafé in Friedrichstal und dem Mehrgenerationenhaus in Blankenloch haben wir auch sonst sehr viele **ehrenamtlich Tätige** in unserer Stadt. Denen möchte ich ausdrücklich **danken** und ihnen versichern, dass wir sie in Zukunft auch weiterhin, wo möglich, unterstützen werden. Dazu gehören natürlich die Mitglieder von Feuerwehr und Rettungsdiensten, die Ehrenamtlichen bei der Flüchtlingshilfe, im Naturschutz, in Vereinen, Kirchen und Parteien, aber auch die Personen, die einfach ihre alte Nachbarin besuchen und ihr bei den Einkäufen helfen. Vielen herzlichen Dank all diesen Menschen. Uns ist klar, dass vieles in der Stadt nur möglich ist, wenn sich Ehrenamtliche engagieren. Daher sehen wir es als erforderlich an, eine Kultur des Mitmachens in Stutensee zu stärken, das beginnt in den Kindergärten und Schulen und endet nicht im Seniorenbeirat. Eine Idee wäre hier z.B. neben oder mit der Stadtputzete einen Tag für die Natur- und Umwelt zu installieren.

## Transparenz und Bürgerbeteiligung

Menschen engagieren sich mehr, wenn sie gut informiert sind und spüren, ich werde gehört, ich bin wichtig. Daher ist eine gute **Öffentlichkeitsarbeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung** sehr wichtig. Es ist schön anzusehen, was sich da in den letzten beiden Jahren positiv verändert hat. Aber nichts ist so gut, dass man es nicht noch verbessern könnte. Hier werden

wir Grüne immer wieder auch den Finger in die Wunde legen, so wie wir es in der Vergangenheit getan haben.

Im Haushalt 2020 wurde u.a. eine Stelle eingerichtet, die sich um Organisations- und Personalentwicklung, sowie die Einführung und Moderation bürgerbeteiligender Methoden kümmern soll. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen wird entscheidend sein, dass der Sachverstand und das Expertenwissen der Stadt, der Stadtverwaltung eng mit dem bürgerbeteiligten Verfahren gekoppelt wird, um so möglichst niederschwellig die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger mit dem Handeln der Stadtverwaltung zu verzahnen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Sie sehen, nicht nur die Erstellung des Haushaltsplanes nach der Doppik ist ein hartes Ringen, auch die Erstellung eines sinnvollen Stadtentwicklungsplanes, der all diese Felder beleuchtet, wird viel Engagement und Arbeit in diesem Jahr erfordern.

Es gibt viel zu tun, packen wir's an!! Wir stimmen dem Haushalt zu.

Ludwig Streib





## Erklärung der CDU/FDP-Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,  
sehr geehrte Frau erste Bürgermeisterin Tröger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,  
sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wir stehen im neuen Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts vor herausfordernden Zeiten, die äußerst sensibel und wachsam begleitet und gestaltet werden müssen!

In der Welt, in Europa aber auch in Deutschland gerät vieles aus den Fugen, was uns bis vor kurzem noch

sicher erschien.

Einer unserer wichtigsten Partner, die USA bricht als Verbündeter weg, die Briten verlassen nach mehreren Anläufen die EU und zum ersten Mal in der Geschichte haben die demokratischen Parteien in einem Landesparlament in Deutschland nicht mehr die Mehrheit. Linke und rechte Extreme nehmen zu, was nach 30 Jahren Mauerfall und nach 75 Jahren Ausschwitz-Befreiung ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten, aber vor allem aller Leidtragenden, Überlebenden und deren Familien ist. Da gilt es zusammenzustehen und diese Strömungen gemeinsam abzulehnen und Ihnen entgegenzuwirken.

Aber wie, wenn Angst schüren mittlerweile für viele Gruppierungen zum Mittel der Macht geworden ist, ob in Klimafragen oder bezogen auf die Einwanderungsthematik?

Hass und Hetze dominieren mittlerweile die sozialen Medien und man fragt sich, wo das Ganze hinführt, wenn es im Innenministerium mittlerweile Notfallnummern für Kommunalpolitiker gibt.

Auch Stutensee hat solche Zeiten schon erlebt.

Deshalb gilt für uns, dass das konstruktive Miteinander und der respektvolle Umgang auf kommunaler Ebene gerade auch hier im Gemeinderat oberste Priorität haben muss. Die gemeinsame Suche nach den besten Lösungen sollte an erster Stelle stehen und nicht die Frage, wer ein Thema eingebracht hat und ob man dieses deshalb unterstützt oder ablehnt. Wichtig ist für uns, besonnen und vernünftig eine Politik zu machen, die Stutensee voranbringt und den Bürgerinnen und Bürgern dient. Sachlich und ergebnisoffen, ohne ideologische Ausrichtung.

Das Neue Kommunale Haushaltsrecht, kurz NKHR genannt, das uns Generationengerechtigkeit lehrt und diese einfordert, stellt uns seit diesem Jahr vor neue Herausforderungen. Leider wurde mit der Einführung zu spät begonnen und die vom Gesetzgeber in den letzten Jahren eingeräumten Übergangsfristen nicht genutzt. So wundert es auch nicht, dass der erste Entwurf vom Regierungspräsidium nicht genehmigt wurde und nach Einsparpotential innerhalb aller Dezernate gesucht werden musste, weshalb die Verabschiedung auch erst heute stattfinden kann. Frau Leyerle beneiden wir aktuell nicht

um ihren Job. Sie musste den Sprung ins kalte Wasser wagen und in unserer Stadt, als Ihre neue Wirkungsstätte, diese Umstellung in Rekordzeit durchführen.

John F. Kennedy sagte einmal: „Das Wort Krise setzt sich im chinesisches aus zwei Schriftzeichen zusammen – das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit.“

Wir sahen hier die Gelegenheit und gingen positiv an die Sache heran, stellten alles auf den Prüfstand, was bisher selbstverständlich war. Unser CDU/FDP-Fraktions-Anspruch war es, trotz zweitem, genehmigungsfähigem Entwurf in unseren internen Fraktions-Beratungen weiter nach Einsparpotential oder Verschiebungsmöglichkeiten zu suchen, um für die zukünftigen Aufgaben gewappnet zu sein und nicht finanziell mit dem Rücken zur Wand zu stehen. Wir haben durch die Brandschutzthemen und die Flüchtlingsthematik gelernt, dass es immer wieder Forderungen des Bundes und Landes geben kann, die auch dann finanziert werden müssen, wenn es die Kommunen an den Rand des Machbaren bringt.

Deshalb wurden für uns wünschenswerte aber nicht notwendige Anschaffungen wie z.B. Möbel oder Ausstattungen akribisch herausgearbeitet.

Von der von unserer Fraktion erstellten Liste mit 1,6 Mio. Einsparpotential, wurden immerhin ca. 750.000 € von der Mehrheit des Gemeinderats mitgetragen. Hier zeigte sich für uns in den Vorberatungen zum Haushalt das konstruktive Miteinander und wir bedanken uns bei denjenigen, die unseren Vorschlägen gefolgt sind.

Für die CDU/FDP-Fraktion ist eine solide Finanzpolitik das A und O. Alle Entscheidungen müssen auf deren Erforderlichkeit und Nachhaltigkeit geprüft und ausgerichtet werden, auch und gerade jede neue Stelle im Rathaus.

Um den Stellenplan, der dem Haushalt angehängt ist, seriös bewerten zu können, braucht es deshalb in unseren Augen eine überarbeitete Organisationsstruktur. Leider ist diese noch nicht umgesetzt worden, obwohl dies schon bei Ihrem Amtsantritt vor knapp 1,5 Jahren, Frau Oberbürgermeisterin Becker, gefordert und versprochen wurde. Die in diesem Stellenplan für die Organisation neu geschaffene und ihnen zugeordnete Stelle haben wir abgelehnt und sehen diese nach wie vor kritisch.

Wir kennen alle die aktuelle Bewerbersituation. Ob eine neu eingestellte Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter, möglicherweise ohne große Erfahrung, solch einen komplexen Apparat wie eine große Kreisstadt in kurzer Zeit zufriedenstellend analysieren kann ist für uns fraglich. Eine externe Beratung, die andere Kommunen im Landkreis hinzugezogen haben, wäre unserer Ansicht nach zielführender gewesen. Zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre hier sicherlich eine gute und zukunftsfähige Struktur entstanden. Und vor allem auch zeitnah, was notwendig wäre. Dies sehen wir bei der aktuellen Konstellation leider nicht, weshalb Fraktionsmitglieder den Stellenplan ablehnen werden.

Wir haben sehr gute Mitarbeiter und Führungskräfte in unserem Rathaus, die aufgrund ihrer Stellenbeschreibung bei Amtsantritt Erwartungshaltungen hatten, die wir aktuell nicht erfüllen. Unzufriedenheit lähmt ein Rathaus, weshalb hier Eile geboten ist. Wir wissen alle, dass der Fachkräftemangel auch im kommunalen Bereich angekommen ist und vakante attraktive Stellen im Landkreis vorhanden sind. Um unsere Leistungsträger müssen wir uns

kümmern. Die Zuständigkeiten müssen neu geregelt werden, um weiterhin zu motivieren. Angelehnt an das NKHR und dessen Produktgruppen.

In diesem Zusammenhang ist es für unsere Fraktion auch wichtig, die Digitalisierung schnell und zukunftsfähig weiterzuentwickeln und attraktive Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, die noch dazu effizienter werden als bisher. Digitalisierung ist das Schlagwort der Zukunft, sowohl im Rathaus als auch außerhalb, z.B. bei unseren Schulen, bei Gewerbetreibenden aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Anbindung an schnelles Internet sichert und ermöglicht Home-Office-Plätze und unterstützt die gewerbliche Weiterentwicklung in Stutensee. Kostenloses W-Lan aber auch das digitale Rathaus sind nur zwei von vielen Punkten, die den Komfort für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Gerade in der Technologieregion Karlsruhe liegt eine große Chance, den Anschluss an eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft nicht zu verpassen.

Kritisch anmerken möchten wir bei diesem Thema, dass für die Gremienarbeit bis heute kein neues Ratssystem eingeführt wurde, obwohl unsere Fraktion hierauf bereits seit über einem Jahr hingewiesen hat. Unsere Bitte war damals, die Einführung mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode umzusetzen. Dies ist bisher nicht geschehen. Hier stellen wir den Antrag, dass bis Ostern die Umsetzung erfolgt ist.

Kommen wir nun zum Thema Stadtentwicklungsplan, der Visionen und Entwicklungen der Großen Kreisstadt Stutensee in den nächsten Jahren definieren und festlegen soll. Prinzipiell eine gute Sache, jedoch zum falschen Zeitpunkt. Zuerst sollten die Pflichtaufgaben in Stutensee erfüllt werden, bevor Verwaltungskraft für Visionen gebunden wird. Und die Liste dieser Pflichtaufgaben ist lang:

European Energie Award, Labeling Verfahren, Flächenmanagement, Wohnpark Mittendrin, Innenentwicklung, Fortschreibung Flächennutzungsplan, Flächenerwerb der Landesflächen in Friedrichstal und Büchig, Bezahlbarer Wohnraum, Brandschutz an öffentlichen Gebäuden, Neubau der Mehrzweckhalle Staffort mit vorgeschaltetem Wettbewerbsverfahren, Sanierung und Erweiterung der geplanten Schulen und Kindergärten, Seniorenwohnheim in Spöck und Blankenloch, Gewerbeentwicklung, um nur einiges zu nennen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, Frau Oberbürgermeisterin Becker, dass Sie diese Pflichten zeitnah abarbeiten, bevor durch Visionen neue entstehen.

Im Laufe der Haushaltsrede werden sich einzelne Themen und Aufgaben noch konkretisieren oder vervollständigen.

Genau wie unsere Grünen Kolleginnen und Kollegen sehen wir uns bei diesem Thema von der Verwaltungsspitze nicht mitgenommen.

Dies haben wir in der Sitzung, als der Tagesordnungspunkt bereits schon einmal abgesetzt wurde, offen kommuniziert. Ein solch wichtiges Thema muss sorgsam und vor allem gemeinsam vorbereitet und definiert werden.

Die Entwicklung der letzten Jahre sowohl in Stutensee als auch in Baden-Württemberg und Deutschland hat gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr einbringen möchten und an Entscheidungen beteiligt sein wollen. Bürgerbeteiligungsprozesse sind wichtig. Sie dürfen jedoch nicht zu einer Verzögerung notwendiger Projekte führen oder gar als Ausrede dienen, wichtige Entscheidungen nicht zu treffen. Beteiligungsprozesse sind auf

Dauer nur erfolgreich, wenn sie auch Ergebnisse erzielen und diese umgesetzt werden. Wir hatten Perspektiv- und Zukunftswerkstätten, Jugendforen und andere Bürgerbeteiligungsformate, die große Erwartungshaltungen geweckt haben. Daran müssen wir anknüpfen und daran muss sich die Verwaltung messen lassen. Die Ergebnisse dürfen nicht in den Schubladen versinken, sondern sollten in unsere weiteren Überlegungen und Pläne mit einfließen. All das gilt es unserer Meinung nach zu bündeln und deshalb sehen wir den richtigen Zeitpunkt für einen Stadtentwicklungsplan nicht in diesem Jahr.

Verbesserte Transparenz für die Bürger ist ebenso wichtig, um Prozesse und Ergebnisse der Gremien nachvollziehbar zu machen, denn nach wie vor wird die Hauptarbeit durch die Mandatsträger getätigt werden. Deshalb unterstützen wir eine öffentlich zugängliche und erweiterte Datenbank für Gemeinderatsbeschlüsse und Protokolle, Live-Übertragung von Gemeinderatssitzungen im Internet, sowie eine Bürgerbeteiligungs-App, als ein gutes Instrument, um Bürger und gerade auch Jugendliche sinnvoll einzubinden.

Das Thema, das aktuell am stärksten in allen Medien vertreten ist, ist der Klima- und Umweltschutz. Obwohl durch die Einführung von Katalysatoren gegen das Waldsterben, dem Verbot von FCKW gegen das Ozonloch oder weiteren Maßnahmen schon immer Klima- und Umweltschutz betrieben wurde, kam gerade durch die Fridays for Future Bewegung nochmal eine besondere Dynamik in das Thema, gerade auch bei den Jugendlichen. Diese Sorgen und Nöte sind berechtigt und auch ernst zu nehmen. Wir haben nur einen Planeten, den es als christliche Schöpfung zu bewahren gilt.

Deshalb haben wir auch den Antrag zur Teilnahme am European Energy Award eingebracht, welcher einstimmig im Gemeinderat angenommen wurde und für Stutensee die Grundlage schafft, auf hohe Erfahrungswerte des Landkreises zurückzugreifen und den Umweltschutz in Stutensee weiter vorantreiben zu können. Attraktiv bei diesem Format ist, dass sinnvolle Maßnahmen durchgeführt werden, die nicht nur nachhaltig, sondern auch auf lange Sicht wirtschaftlich sind. Nun gilt es, auch rathausintern mit genügend Manpower diese Zertifizierung voranzutreiben. Deshalb bitten wir Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht vorzutragen und aufzuzeigen, wie dieses Projekt verläuft und weiter verlaufen soll.

Wir sind äußerst glücklich, dass die Stadt Stutensee mit Bernd Scholer einen sehr kompetenten und ambitionierten Umweltbeauftragten hat, der neben der Begleitung des European Energy Awards, für das Herr Rapp zuständig ist, u.a. auch das Labeling Verfahren durchführen wird, um den Artenschutz zu sichern und zu verbessern.

Als Erweiterung des Umweltbereichs stellen wir heute den Antrag, einen Klimamanager in Stutensee zu installieren, der die Arbeit im Umweltbereich noch ergänzen und ausbauen könnte. Diese Stelle wird aktuell gefördert und bietet für Städte und Kommunen großes Potential.

Wir sollten außerdem in Zukunft darüber nachdenken, ob wir auf Stutenseer Gemarkung zusammen am runden Tisch mit Landwirtschaft und Naturschutz Flächen finden, um weitere Bäume pflanzen zu können, die mehr CO<sub>2</sub> umwandeln, als dies aktuell auf Stutenseer Gemarkung der Fall ist. Natürlich können das nur Flächen sein, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden. In unseren Augen kann die vom Land angestoßene Holzbauoffensive nur

umgesetzt werden, wenn mehr Bauholz nachhaltig zur Verfügung steht, da die wertvollen Waldflächen auf der Erde mehr und mehr abnehmen und wir hierin kein Potential für mehr Abholzung sehen.

Aus Gründen der Nachhaltigkeit und CO<sub>2</sub> Reduzierung kam auch unser Vorschlag in den Haushaltsberatungen, die sehr anfälligen neu zu errichtenden Sonnensegel in Kindergärten und Schulen, durch Bäume zu ersetzen. Diese alternativen Schattenspender sind langfristig sogar die wirtschaftlichere Variante. Wir brauchen innovative Ideen, die am Ende nicht teurer sein müssen, aber umweltverträglicher. Z.B. PV Anlagen bei städtischen Gebäuden und in Neubaugebieten im Zusammenhang mit Wärmepumpen, die sich in einem vernünftigen Zeitraum amortisieren, den CO<sub>2</sub> Ausstoß reduzieren und somit dem Klima und letztendlich auch dem Menschen dienen. Hieran gilt es zu arbeiten und dazu benötigen wir personelle Ressourcen und den Ausbau des Gebäudemanagements.

Zum Umweltschutz gehören für uns aber neben den bisher genannten Themen und dem Radwegenetz auch ein funktionierender ÖPNV bzw. weitergehende Mobilitätskonzepte. Hier sehen wir aktuell noch Verbesserungspotential, auch wenn z.B. Carsharing mittlerweile ausgebaut wurde. Attraktivität ist bei allen Konzepten das A und O und deshalb sollte beim ÖPNV sowohl die Taktung, der Preis als auch die Zeiten beispielsweise beim Schülerverkehr überprüft, aber auch über Erweiterungen des Streckennetzes nachgedacht werden. Wichtig für die CDU/FDP Fraktion ist neben den Nordsüdachsen, die alle über Karlsruhe führen auch die Querverbindungen in Ost-West-Richtung. Neue Mobilitätskonzepte sind genauso gefragt, wie konventionelle Busse und Bahnen. Den Antrag der SPD z.B. einer Mitfahrer-Bank einzurichten haben wir mitgetragen. Hier sollte jedoch noch die Sicherheitsfrage geklärt werden, z.B. über eine App.

Auch wenn die Klima- und Umweltthemen mehr und mehr Raum einnehmen, dürfen die sozialpolitischen Themen nicht vernachlässigt werden.

Vereine und Ehrenamtliche leisten im sozialen Bereich einen wertvollen Beitrag für alle Generationen. Senioren erleben hier Gemeinschaft, die der Vereinsamung, wie sie in städtischen Strukturen oft vorzufinden ist, entgegenwirkt. In Zeiten der Digitalisierung ist es aber gerade auch für Kinder und Jugendliche sehr wichtig, für sportliche und kulturelle Aktivitäten begeistert zu werden. Deshalb werden wir die Vereine und ehrenamtlichen Institutionen trotz knapper werdender Haushaltsmittel weiterhin finanziell fördern und bedanken uns bei Ihnen für Ihr unermüdliches Engagement, genauso wie bei den kirchlichen Institutionen.

Die Einrichtung eines Seniorenbeirats war eine gute Entscheidung für Stutensee. Wir sollten diesen nun schnell in die Beratungsfolge mit einbeziehen. Hier dürfen wir keine Erwartungen wecken, die wir später nicht erfüllen. Dies wäre für das ehrenamtliche Engagement fatal.

Besonders freuen wir uns im Hinblick auf unsere Seniorinnen und Senioren, dass unser Antrag bezüglich eines Seniorenwohnheims für Spöck in einer Bürgerbeteiligungsveranstaltung auf große Zustimmung gestossen ist. Hat man uns doch nahezu jahrzehntelang erklärt, dass kein Bedarf und deshalb kein Interesse von Investoren und Betreibern besteht, wurden wir erfreulicherweise alle eines Besseren belehrt. Nachdem die CDU einen Interessenten gefunden hatte, der ein Konzept ausarbeitete, haben sich nach

Ausschreibung der Seniorenpflege in Spöck viele weitere Bewerber gemeldet und ihr Interesse bekundet. Dies sehen wir als großen Erfolg für unsere Stutenseerinnen und Stutenseer und freuen uns, dass nun unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger das beste Konzept für den Stadtteil ausgesucht werden kann.

Neben den Seniorinnen und Senioren möchten wir aber auch unsere Jugendlichen stärker in die Prozesse mit einbeziehen, um deren Interessen Rechnung zu tragen.

Das eingeführte Jugendforum ist ein gutes Format, aber hier gilt wie bei allen Beteiligungsprozessen, den Ideen müssen Taten folgen.

Auch wenn die Betreuung unserer Klein-, Kindergarten- und Grundschul Kinder durch Ganztagesplätze, verlässliche Grundschule und sich immer weiter entwickelnden Betreuungs-Konzepten auf einem sehr guten Niveau ist, fühlen sich die Jugendlichen in Stutensee oft im Stich gelassen, vor allem in den nördlichen Stadtteilen.

Allein Schutzhütten zu errichten, die teilweise dem Vandalismus zum Opfer fallen, werden den Bedürfnissen der Heranwachsenden nicht gerecht. Deshalb stellen wir den Antrag, dass über die Wiedereinführung von Jugendtreffs in den nördlichen Stadtteilen in Anlehnung an das Juze beraten wird. In welcher Form auch immer, sollten die Jugendlichen selbst im Forum vorberaten. Ob mobile Treffs oder fest installierte z.B. im Spöcker Begegnungszentrum, mit eventueller Einbeziehung der Vereine, sollte dort diskutiert werden.

Die geplanten Investitionen in unsere Kindergärten und Schulen tragen wir vollumfänglich mit, da wir in unseren Kindern und Jugendlichen die Zukunft unseres Landes sehen. Auch wenn wir kommunal keinen Einfluss auf die Bildungspolitik haben, können wir doch durch eine gute Betreuung und Lernatmosphäre Rahmenbedingungen schaffen, die sich positiv auf die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen auswirken.

Neben den Brandschutzmaßnahmen war es uns wichtig, gerade auch am Schulzentrum eine Untersuchung des Gesamtgebäudes durchführen zu lassen, um auch die Gebäudesubstanz gerade im Blick auf den Energieverbrauch nach und nach auf den neuesten Stand zu bringen. Die Aussenhülle ist aufgrund ihres Alters in einem schlechten Zustand.

So wie wir bei unseren Gebäuden immer den Gesamtblick einfordern und keiner Einzelmaßnahme ohne Gesamtkonzept zustimmen möchten, handeln wir auch in anderen Bereichen.

Die Umgestaltung des Bauhofs ist uns wichtig, jedoch müssen die einzelnen Steps einem zukunftsfähigen Konzept folgen. Die Planungsmittel hierzu sind nun im Haushaltsplan eingestellt und ermöglichen somit einen folgerichtigen Ausbau.

Die Vorarbeit vom Dezernat II bzw. Herrn Dochat ist eine sehr gute Grundlage für das weitere Vorgehen.

Ein Thema, das uns nun schon seit Jahren beschäftigt, ist bezahlbarer Wohnraum. Hier haben wir schon mehrfach die Landesflächen des ehemaligen Wasserwirtschaftsamtes und die Flächen südlich vom Seniorenheim in Friedrichstal ins Gespräch gebracht. Leider bisher ohne Ergebnis. Wir bitten Sie, Frau Oberbürgermeisterin Becker, dieses Thema vehement weiterzuverfolgen. Nur so können wir die Wohnraumknappheit in den Griff bekommen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Hier abzuwarten, bis das Land auf uns zukommt, bringt

uns nicht ans Ziel. Bitte bleiben Sie dran und erhöhen den Druck. Einen Bericht des bisherigen Vorgehens hätten wir gerne in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen. Die innerörtliche Entwicklung ist ebenso wichtig, wird aber für uns als Kommune kaum beeinflussbar sein. Hier können wir nur die Rahmenbedingungen schaffen. Dass die Flächen z.B. in zweiter Reihe als Bauland genutzt werden, liegt dann im Ermessen des privaten Eigentümers.

Wir halten es aber trotzdem für sinnvoll, auch hier nach geeigneten Bauplätzen gerade beim Verkauf von Bestandsimmobilien Ausschau zu halten und gegebenenfalls das Vorkaufsrecht auszuüben. Hierfür sind Mittel im Haushalt eingestellt. In Stutensee gibt es gute Beispiele, wie sich Innenentwicklung positiv gestaltet hat.

Die Gewerbeentwicklung sehen wir in Stutensee zum momentanen Zeitpunkt kritisch. Wir müssen unbedingt das Thema Gewerbeflächen in die Gremien bringen, da aktuell so gut wie keine Bauplätze mehr zur Verfügung stehen.

Verfolgt man die aktuelle Berichterstattung, wird deutlich, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland in den kommenden Jahren stagnieren und sogar zurückgehen wird.

Auch der Vorbericht zum Stutenseer Haushalt enthält den Vermerk, dass die Konjunktur nicht weiter wie bisher florieren wird und somit mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen mittelfristig zu rechnen ist. Kein Wunder, wenn die Schlüsselindustrien unseres Landes aktuell systematisch kaputt gemacht werden.

Für den Haushalt unserer Stadt, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger ein ernstzunehmendes Thema.

Obwohl die gewerbliche Entwicklung in Stutensee in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr positiv verlaufen ist, müssen die Weichen für eine gute Zukunft jetzt und heute gestellt werden. Die Nähe zu Karlsruhe und zum KIT macht Stutensee für Firmen und Startups attraktiv. Die Gewerbesteuerereinnahmen ermöglichen unserer Stadt auch in Zukunft, Investitionen für das Allgemeinwohl zu tätigen.

Deshalb muss unserer Auffassung nach ein Konzept entwickelt werden, wie in Blankenloch Flächen westlich der Bahn angekauft und erschlossen werden können. Mit Augenmaß und abschnittsweise, jedoch zeitnah. Dies könnte Aufgabe des neuen Flächenmanagers werden, der neben der Innenentwicklung auch die Außenentwicklung im Blick haben sollte. Mit realistischen Ankaufspreisen und vertrauensvollen Gesprächen mit den Eigentümern lassen sich hierbei sicherlich Ergebnisse erzielen. Jedoch muss klar sein, dass bei der künftigen Gewerbeentwicklung unbedingt der Flächenverbrauch reduziert werden muss. Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, in die Höhe zu bauen und nicht in die Fläche. Das gilt auch für versiegelte Parkflächen: diese sollten zukünftig flächensparend in Parkhäusern untergebracht werden, nach dem Vorbild von Bruchsal und Graben-Neudorf. Zu prüfen ist, wie dies über Gemeinschaftseigentum im Quartier umgesetzt werden kann.

Ideen bezüglich eines ökologischen Städtebaus wurden von Stadtplanern bereits entwickelt. Hier könnte eine vorbildhafte Ansiedlung von Gewerbe entstehen, die die Umweltaspekte berücksichtigt und trotzdem neue attraktive Arbeitsplätze entstehen lässt.

Sicherheit ist ebenfalls für die CDU/FDP Fraktion eines Ihrer Kernthemen. Wir haben neben dem stetigen Anstieg unserer Ordnungsbeamten auch die Überwachung durch private

Dienste forciert. Allerdings sehen wir die Anschaffung einer mobilen Blitzanlage mit dazugehörigen personellen Ressourcen kritisch. Hier sehen wir Vorteile in den Geschwindigkeitsanzeigetafeln, die präventiv den Fahrer auf zu schnelles Fahren hinweisen. Eine temporäre Blitzaktion hat in unseren Augen keine lang andauernde Wirkung.

Unsere Rettungskräfte in Stutensee liegen uns sehr am Herzen. Alle eingestellten Mittel erachten wir für sinnvoll und tragen diese mit. Jedoch fehlt uns auch hier seit Jahren eine abgestimmte Konzeption unter den einzelnen Wehren. Seit langer Zeit fordern wir Jahr für Jahr in unseren Haushaltsreden einen Feuerwehrbedarfsplan, zu deren Aktualisierung wir als Kommune alle 5 Jahre verpflichtet sind. Der letzte Feuerwehrbedarfsplan wurde im Frühjahr 2009 erstellt und ist somit seit 6 Jahren überfällig. Jedes Jahr weisen wir in unserer Haushaltsrede erneut darauf hin und nichts passiert. Deshalb stellen wir zum Antrag, dass die Stadtverwaltung uns dieses Jahr noch einen solchen Plan vorlegt. Wir müssen bei der Feuerwehr für die räumlichen Belange und Defizite Perspektiven bieten, um die Ehrenamtlichen in Ihrer wertvollen Arbeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang bitten wir auch für die Darstellung des Katastrophenschutzkonzeptes, da hierfür bereits Ausgaben in Form von Aggregaten getätigt werden sollen. Ob mobil oder fest installiert, kann unseres Achtens erst entschieden werden, wenn der Blick aufs Ganze durchgeführt wurde.

An dieser Stelle bedanken wir uns ganz herzlich bei allen Rettungskräften, die selbstlos für das Allgemeinwohl tagtäglich im Einsatz sind und damit in und um Stutensee Leben retten.

Am Ende unserer Rede danken wir allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben, allen voran unserer Kämmererin Frau Leyerle. Wir fühlen uns bei Ihnen in guten Händen und bedanken uns für die schnelle Einarbeitung und das enorme Engagement, innerhalb kurzer Zeit auf das NKHR umzustellen. Bedanken möchten wir uns aber auch bei der gesamten Stadtverwaltung, bei Ihnen Frau Oberbürgermeisterin Becker, bei unserer ersten Bürgermeisterin Sylvia Tröger sowie unserem Bürgermeister Edgar Geissler, bei allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unsere Stadt mit Ihrer wertvollen Arbeit jeden Tag Stück für Stück in eine gute Zukunft führen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





## Erklärung der Freie Wähler-Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Becker,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geissler,  
sehr geehrte Frau Leyerle und Herren Amtsleiter sowie  
Mitarbeitende der Stadt Stutensee,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und  
Ortschaftsräten,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Mit dem Haushalt 2020 geht es uns ein bisschen wie Christoph Kolumbus, Magellan oder Neil Armstrong: wir betreten Neuland und wir treten in ein neues Zeitalter ein, das Zeitalter des neuen kommunalen Haushaltsrechtes. Diese Umstellung in der Art und Weise wie unser Haushalt geführt und dargestellt wird, erfordert ein Umdenken in der Verwaltung und im Gemeinderat. Denn der Übergang von einem zahlungsorientierten zu einem ressourcenorientierten Haushalts- und Rechnungswesen, führte zu einem grundlegenden deutschlandweiten Wandel der kommunalen Haushaltswirtschaft. Was heißt das nun konkret für uns?

So manches bleibt unverändert: die Kommune behält ihre Finanzhoheit, der Gemeinderat behält seine haushaltsrechtlichen Aufgaben, nämlich die Haushaltsplanung, die Haushaltsplanausführung sowie die Haushaltskontrolle, so wie es in der Gemeindeordnung und in der Gemeindehaushaltsverordnung festgeschrieben ist.

Allerdings ändern sich die Prämissen, unter denen unser Haushalt nach dem Neuen kommunalen Haushaltsrecht darzustellen ist, ganz erheblich. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden vier Punkte:

1. Das Ressourcenverbrauchskonzept das dem Grundprinzip der Nachhaltigkeit und der intergenerativen Gerechtigkeit folgen soll. Anders ausgedrückt: „Jede Generation darf nur die Ressourcen verbrauchen, die sie auch einbringt. Es soll der gesamte Ressourcenverbrauch einer Haushalts-Periode durch Erträge gedeckt werden, um nachfolgende Generationen nicht zu belasten.“ Praktisch bedeutet das, wir müssen beispielsweise den Wertverlust, die Abschreibung unserer städtischen Immobilien im laufenden Haushaltsjahr erwirtschaften um damit künftige Investitionen (Sanierungen oder Neubauten) zu finanzieren.
2. Wir bewegen uns von der Input- zur Output-orientierten Steuerung. In der Kameralistik stand stets der jeweilige **Input**, also die zur Verfügung gestellten Geldmittel, als zentrales Beurteilungskriterium im Vordergrund. Im NKHR steht der **Output**, also das Ergebnis eines Verwaltungshandelns im Fokus. Das bedeutet, dass wir als Gemeinderat primär Ziele, also Output, festlegen, welche durch Verwaltungshandeln erreicht werden sollen. Vor diesem Hintergrund erscheint die kleinteilige Diskussion über die Anschaffung von Schreibtischen oder Beamer, wie sie hier teilweise bei den Haushaltberatungen geführt wurden, nicht so ganz in die neue Philosophie des NKHR zu passen.
3. Über den Haushalt wird die Verbindung von Zielen, Kennzahlen und Budgets geschaffen.

4. Weiterhin soll im NKHR eine verbesserte Transparenz über Ertrags- und Finanzlage, Vermögen und Schulden der Stadt geschaffen werden.

Diese neue Philosophie erfordert eine neue Denkweise und nicht jeder von uns konnte sich mit dem NKHR schon anfreunden. Aber es besteht Hoffnung! Eine Umfrage unter Gemeinderäten von Kommunen, die schon seit längerem auf das NKHR umgestellt haben, hat gezeigt, dass sich drei Viertel der Mandatsträger positiv äußern und die Vorteile gegenüber der bisherigen Praxis klar überwiegen.

Aber zurück nach Stutensee. Kurz gesagt: durch die Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht ist Stutensee um keinen Cent ärmer oder reicher geworden. Es geht nach wie vor darum, mit unseren Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen.

Allerdings sind unsere finanziellen Ressourcen, trotz kommunaler Finanzhoheit, ganz wesentlich von äußeren Faktoren abhängig: Von der Wirtschaftslage, vom Steueraufkommen und so weiter.

Im Jahr 2019 wurde immer wieder von Rezession gesprochen, aber sie ließ sich trotz Handelskrieg, trotz Brexit, trotz Irankrise nicht herbeireden. Am Jahresende stand an der Börse ein sattes Plus von 25% für den DAX und der Bundeshaushalt brachte einen Rekordüberschuss von 19 Milliarden Euro. Dennoch bleibt das gesamtwirtschaftliche Bild eher fragil, wie die Auswirkungen des Corona-Virus auf die Wirtschaft gezeigt haben.

Aber lassen Sie uns nun den Blick auf die kommunalen Finanzen unserer großen Kreisstadt richten.

In den vergangenen Jahren haben wir große Herausforderungen geschultert und sind mutig, aber nicht leichtsinnig, neue Projekte angegangen. Wir haben das neue Stutensee-Bad innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Finanzrahmens errichtet, wir haben und setzen weiterhin Brandschutzmaßnahmen an unseren Schulen um, wir haben den Neubau der Mehrzweckhalle Staffort auf den Weg gebracht – um nur einige Beispiele zu nennen. Dazu hatten wir in 2018 ein Haushaltsvolumen von über 90 Mio € und in 2019 von 88 Mio €. Die Eckdaten unseres Haushaltes 2020 wurden bereits mehrfach genannt, ich muss diese also nicht noch einmal wiederholen.

Nach aktuellem Stand der Dinge dürfte das Jahr 2019 besser ausfallen als geplant: Die Gewerbesteuerereinnahmen dürften über den Erwartungen liegen und die FAG Zuweisungen dürften höher ausfallen als noch im Finanzzwischenbericht Mitte 2019 angenommen. Unter dem Strich bedeutet dies: auf die geplanten Kreditaufnahmen und Entnahmen aus Rücklagen konnte komplett verzichtet werden. Zum Jahresanfang 2020 kann die Stadt liquide Eigenmittel in Höhe 15.2 Mio € vorweisen. So viel Liquidität, dass wir Kredite in Höhe von 1 Mio € vorzeitig ablösen können.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat schon 2016 klargestellt: „Der Sicherstellung der notwendigen Liquidität kommt auch im NKHR besondere Bedeutung zu“. Wir stehen also eigentlich ganz gut in den Startlöchern für 2020 und die folgenden Jahre. Eigentlich! Denn

das NKHR verlangt von uns auch die Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauches. Und hier liegt die Krux, gerade für den Haushalt 2020. Unser Ergebnishaushalt weist ein Minus von 1.6 Mio € auf. Es gelingt uns also noch nicht die Abschreibungen zu erwirtschaften. Das Erwirtschaften der Abschreibungen innerhalb des Ergebnishaushaltes ist allerdings ein zentrales Kriterium für die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltes. Die Kürzungen und Minderausgaben, die in der Haushaltsberatung vorgetragen wurden, bringen hier nur minimal Entlastung, weil sich diese im Wesentlichen auf den Finanzhaushalt auswirken und teilweise auch nur zu einer zeitlichen Verlagerung der Ausgaben führen.

Die Abschreibungen zu erwirtschaften wird uns in der mittelfristigen Finanzplanung erst ab 2022 gelingen. Hinzu kommt, dass die Vermögensbewertung noch nicht abgeschlossen ist und insofern noch gewisse Risiken bestehen. Im Haushalt ist zunächst das vorgesehen, was nach gegenwärtigem Stand abgeschätzt werden kann. Wir wissen also gar nicht genau wieviel an Abschreibungen in 2020 tatsächlich zu erwirtschaften ist. Das heißt, wir müssen die beauftragte Firma drängen hier endlich ihren Verpflichtungen nachzukommen und abschließende Zahlen vorzulegen. Das muss nach unserer Auffassung zeitnah geschehen, so dass die Verwaltung die Informationen in den Finanzzwischenbericht einarbeiten und ein aktualisiertes Gesamtbild darstellen kann. Dies dürfen sie als Antrag betrachten.

Eine funktionierende Stadtverwaltung braucht Personal: vom Kindergarten bis zum Bauhof, vom Bürgerbüro bis zum Schwimmbad, ohne gute Mitarbeiter geht nichts. Im Haushalt schlagen die Personalkosten mit 16.2 Mio. € zu Buche, das ist mehr als ein Viertel des Ergebnishaushaltes. Nach den vom Gemeinderat beschlossenen, wichtigen und zukunftsorientierten zusätzlichen Stellen in 2019 und für 2020, müssen künftige Stellenausweitungen sehr zurückhaltend angegangen werden. Um die vielfältigen Aufgaben jetzt und auch in Zukunft bestmöglich bewältigen zu können, sind Abläufe, Organisation und Strukturen, sowie Zuordnung von Personal und Verantwortung auf ihre Effizienz hin zu untersuchen und gegebenenfalls Optimierungen vorzunehmen.

Darüber hinaus müssen wir gemeinsam eine klare Vorstellung erarbeiten, wie sich unsere Stadt entwickeln soll. Wir verweisen auf unseren schon früher gestellten Antrag: die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes mit einem Zeithorizont bis 2030 oder 2035 aktiv anzugehen. Wir freuen uns, dass in dieser Sitzung der Startschuss dafür gegeben wurde, denn wir brauchen eine strategische Perspektive und müssen dazu umfassende, ganzheitliche Betrachtungen anstellen. Selbstverständlich muss dieser Prozess, wie schon bei früheren Verfahren, unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschehen.

Lassen Sie mich nun, ganz im Sinne der Philosophie des NKHR, zu konkreten **Zielen** für 2020 kommen:

- **Wohnraum** ist nach wie vor knapp in unserer Region und auch in Stutensee. Neubaugebiete im Außenbereich werden auch weiterhin ein Element der Siedlungsentwicklung bleiben, wohl wissend, dass Flächen eine begrenzte und deshalb sehr wertvolle Ressource sind. Das Baugebiet 24-Morgenäcker und der „Wohnpark Mittendrin“ sind in der Entwicklung. In Staffort sollte das Baugebiet Unterfeld II auf den Weg gebracht werden, hier muss die Priorität auf das Teilgebiet der stadteigenen Fläche gelegt werden. Für die innerörtliche Entwicklung brauchen wir quartiersbezogene Konzepte die verdichtete Nutzung, Verkehrs- und Parkierprobleme einerseits und zu schützende Grüngerüste andererseits,

gegeneinander abwägen. Bei Einzelfällen muss die Baurechtsbehörde pragmatische und bürgernahe Lösungen ermöglichen.

- Bei den **Gewerbegebieten** müssen wir uns darauf konzentrieren was für Stutensee nachhaltig und sinnvoll ist. Mehr Gewerbeflächen stehen nicht grundsätzlich für mehr Gewerbesteuererinnahmen, wie wir aus der Erfahrung der vergangenen 20 Jahre wissen. Deshalb brauchen wir hier einen Paradigmenwechsel und klare Vorgaben wofür wir welche unserer knappen Flächen verkaufen oder entwickeln wollen.
- Im Bereich **Bildung und Erziehung** müssen wir für eine ausreichende Anzahl und gut ausgestattete Betreuungsplätze für unsere Jüngsten sorgen, im Kleinkind- und im Kindergartenbereich.  
Als Schulträger stehen wir in der Verantwortung Gebäude und Ausstattung an einer modernen zukunftsgerichteten Bildung zu orientieren. Ein Beispiel dafür ist der Beschluss von vorhin zur Einrichtung des Profulfaches Informatik, Mathematik, Physik (IMP).
- Das **Ehrenamt** zu fördern, die Arbeit unserer Vereine zu unterstützen, das sportliche, soziale und kulturelle Leben zu stärken, ist wichtig für eine Kommune und hier müssen wir, auch in finanziell schwierigen Zeiten, ein verlässlicher und wertschätzender Partner unserer Ehrenamtlichen sein. Das Begegnungszentrum Regenbogen in Spöck eröffnet neue Möglichkeiten, um das kulturelle Angebot in Stutensee zu bereichern und Integration zu leben, wie die sehr erfolgreiche Veranstaltung am vergangenen Samstag gezeigt hat.
- Unsere **Seniorinnen und Senioren** haben mit der Einrichtung des Seniorenbeirates eine starke Stimme bekommen. Im Baugebiet 24-Morgenäcker wird es für unsere Seniorinnen und Senioren im Bereich Wohnen und Pflege entsprechende Angebote geben. Erfreulich viele Betreiber/Investoren haben ihr Interesse bekundet hier aktiv werden zu wollen, auf Basis der Vorgaben, die in einer Veranstaltung im vergangenen Herbst erarbeitet wurden.
- Im Bereich **Verkehr** müssen wir darauf drängen, dass auch die Kreisstraßen, die durch Spöck bzw. Staffort führen Tempo 30 bekommen. In ganz Stutensee müssen die Geschwindigkeitsbeschränkungen kontrolliert und durchgesetzt werden. Auch die Probleme des ruhenden Verkehrs – zugeparkte Gehwege, kaum noch passierbare Straßen, schwierige Durchfahrt für Rettungskräfte – müssen besser geregelt werden. Für die Verbesserung der ÖPNV Anbindung in Richtung Bruchsal sollten wir untersuchen ob innovative und flexible Lösungen nicht sinnvoller und umweltschonender sind, als das schwere Geschütz einer Verlängerung der S2 aufzufahren.
- Im Bereich **Umwelt und Natur** müssen wir die Grünabfallsammelplätze in allen Stadteilen zweckmäßig gestalten und auch die Entsorgung des Biomülls mit einbeziehen. Wir erwarten von unserem neuen Umweltbeauftragten ein klares Konzept wie das Ökokonto künftig transparent geführt werden soll. Wir begrüßen

ausdrücklich die Wildstauden- und Baumpflanzaktionen der Stadt um dem Insektensterben entgegenzuwirken Und Artenvielfalt zu erhalten, sowie die Teilnahme am Labelling-Verfahren. Zum Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung müssen auch wir als Kommune beitragen. Die äußerst erfolgreiche Teilnahme von Stutensee beim Stadtradeln war ein Element. Hier erwarten wir, über den European Energy Award hinaus (bei dem es im Wesentlichen um Maßnahmen zur CO<sub>2</sub> Minderung geht), vom Umweltbeauftragten einen Vorschlagkatalog mit konkreten Maßnahmen zur CO<sub>2</sub> Bindung.

- Unsere **Feuerwehr** bleibt mit Umstellung auf Digitalfunk und Ersatzbeschaffung eines HLF 10 gut ausgestattet. Allerdings sollten wir endlich auch die strukturellen Probleme unserer freiwilligen Feuerwehr angehen. Wir wiederholen unseren Antrag aus 2018 und 2019, die Verwaltung möge einen Statusbericht zur bisherigen Umsetzung des Feuerwehrkonzeptes und Pläne für eine Fortschreibung vorlegen.
- Bei der **Gewässerentwicklung** bewegt uns natürlich die Frage was passiert nach der Entfernung des Nadelwehres? Bietet der ausgedünnte Uferdamm ausreichend Hochwasserschutz? Das Schadenspotential, zum Beispiel am Schulzentrum, ist enorm und die Verwaltung sollte darstellen wie damit umgegangen wird bis ein neues Wehr eingerichtet ist. Auch dies ist als Antrag zu verstehen.

Abschließend möchte ich festhalten, dass Stutensee vor Herausforderungen steht, dass wir aber die Weichen richtig gestellt haben. Um mit Franz von Assisi zu sprechen: „Tu erst das Notwendige, dann das Mögliche, und plötzlich schaffst Du das Unmögliche“.

Zum Schluss möchte ich allen, die beim Ausarbeiten des Haushaltes 2020 mitgewirkt haben, den aufrichtigen Dank der Fraktion der Freien Wähler auszusprechen, insbesondere Frau Leyerle und ihren Mitarbeitern, sowie allen, die in ihren jeweiligen Ressorts Einsparpotentiale identifiziert haben.

Dem Haushalt 2020 und der mittelfristigen Finanzplanung, sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung, stimmt die Fraktion der Freien Wähler zu.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr aufmerksames Zuhören.



## Erklärung der Junge Liste-Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Becker,  
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Tröger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Geißler,  
sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter und  
Mitarbeiter der Stadt Stutensee,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und  
Ortschaftsräten,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

für die Junge Liste und mich persönlich ist das heute eine Premiere. Aber nicht nur für uns, sondern auch für die Stadt Stutensee ist das heute in gewisser Weise eine Premiere: Wir beschließen heute zum ersten Mal einen Haushalt nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht. In den Beratungen zu diesem Haushalt wurde klar, man hatte das alte Haushaltsrecht, die Kameralistik, über die Jahre lieb gewonnen. Aber Zeiten ändern sich, die Übergangszeit ist verstrichen und seit dem 1. Januar müssen wir das neue Haushaltsrecht auch in Stutensee anwenden.

Die kommunale Doppik macht Stutensee „nicht reicher und nicht ärmer“ wie Frau Leyerle zu Beginn der Haushaltsberatungen erläutert hat. Aber sie verändert unseren Blickwinkel auf die kommunalen Finanzen.

Das neue kommunale Haushaltsrecht steht unter dem Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit. Damit ist gemeint, dass jede Generation nur diejenigen Ressourcen verbrauchen darf, welche sie auch erwirtschaftet. Man sollte keine ungedeckten Schecks an die Zukunft ausstellen. Von nun an dürfen wir es auch nicht mehr!

In Zahlen ausgedrückt bedeutet das für Stutensee, dass im Jahr 2020 Abschreibungen in Höhe von ca. 3,8 Mio. Euro erwirtschaftet werden müssen. Diese Abschreibungen schränken unseren heutigen Spielraum ein, um ihn zukünftigen Generationen zu erhalten. Für uns als Junge Liste ist es naturgemäß ein wichtiges Anliegen unseren Nachfolgern eine finanziell handlungsfähige Stadt zu übergeben!

Ein Blick in den Haushalt offenbart, woher die Stadt ihre wesentlichen Erträge generiert. Es sind die Grund- sowie die Gewerbesteuer, der Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes. Wir sind damit, wie die allermeisten Kommunen auch, entscheidend von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass sich nach Jahren des Booms die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamen kann. Für 2020 erwartet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sogenannten Wirtschaftsweisen, eine bereinigte Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 0,5%. Also ein ebenso geringes Wachstum wie im vergangenen Jahr 2019.

Diese abstrakten Zahlen spiegeln die konkreten Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft wider. Aus dem *Handelsblatt* ist zu entnehmen, dass beispielsweise Daimler aufgrund eines drastischen Gewinneinbruchs plant 15.000 Stellen zu streichen und die Mitarbeiterprämie

von ca. 5000€ auf knapp 500€ zu kürzen. Das hat auch Auswirkungen auf die Gewerbesteuerzahlungen und damit auf den kommunalen Haushalt. Wörth, Rastatt, Gaggenau mussten schon zu Haushaltssperren greifen.

Das Gewerbe in Stutensee ist breit aufgestellt. Damit sind wir weniger anfällig für solche extremen Beispiele. Aber für uns gilt, wie für jeden ordentlichen Kaufmann, sorgfältig zu planen und die wirtschaftliche Entwicklung im Blick zu behalten!

Unsere Stadt hat viele Aufgaben. Kindergärten und Schulen, Straßen und Wege, Nahverkehr und Mobilität, Umweltschutz, Bürger- und insbesondere Jugendbeteiligung. Von den anderen Fraktionen wurden schon viele wichtige Punkte angesprochen. Wir von der Jungen Liste möchten unseren Schwerpunkt auf Themen legen, die insbesondere jungen Menschen wichtig sind.

Besonders für junge Menschen ist ein guter öffentlicher Nahverkehr wichtig. Stutensee braucht sich nicht verstecken: Mit der Stadtbahnlinie S2 sind Büchig, Blankenloch, Friedrichstal und Spöck exzellent an Karlsruhe angebunden. Mit einer Verlängerung der Linie S2 könnte Stutensee das gleiche nach Bruchsal erreichen. Für eine Machbarkeitsstudie sind 20.000 Euro eingestellt. Wir finden, wir sollten die Chance ergreifen, falls sie sich bietet!

Der kleinste Stutenseer Stadtteil Staffort, darf bei solchen Überlegungen nicht unter den Tisch fallen. Die Anbindung mit dem Bus nach Blankenloch und Weingarten ist insbesondere in den Abendstunden ausbaufähig!

Hierbei sollten wir neue Wege gehen: In Ettlingen und Dettenheim wird gerade mit großem Erfolg ein „On-Demand“ Nahverkehr getestet. Anstatt einer Buslinie zu festen Zeiten, flexible Fahrt mit einem Taxi auf Bestellung. Das erhöht den Komfort und kann Geld einsparen! Für Staffort und die Ost-West-Anbindung der Nachbargemeinden sehen wir damit eine gute Möglichkeit den ÖPNV auszubauen.

Beteiligung und Transparenz sind uns wichtig! Deshalb begrüßen wir es, dass für die Digitalisierung des Ratsinformationssystems 30.000 Euro im Haushalt vorhanden sind. Dies ermöglicht sowohl den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats eine effizientere Arbeit als auch den Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Information über die aktuellen Themen ihrer Stadt! Das muss nun zeitnah umgesetzt werden.

Bürgerbeteiligung lebt davon, möglichst Allen die Chance der Teilnahme zu ermöglichen. „Online-Bürgerbeteiligung“ soll auch Berufstätigen oder anderweitig eingespannten Bürgerinnen und Bürgern die Mitsprache ermöglichen. Das ist uns weitere 30.000 Euro wert!

Mit den Jugendforen setzt Stutensee in Sachen Jugendbeteiligung Maßstäbe. Die gute Resonanz gibt uns recht. Folgerichtig weiten wir mit einer „Jugend-Beteiligungsapp“ die Teilhabemöglichkeiten aus und sprechen die Jugendlichen dort an, wo sie sich heutzutage bewegen. Wir erhoffen uns dadurch, noch mehr Jugendliche zu erreichen und laden sie ein, sich zu engagieren!

Mit dem *Graubau* hat Stutensee ein Jugendzentrum, dass über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist und regelmäßig hochklassige Veranstaltungen, wie z.B. das „*Red Horse Festival*“,

organisiert. Den Mitarbeitern und den Ehrenamtlichen möchten wir für ihre Arbeit unseren Dank aussprechen!

Wir müssen uns überlegen, wie wir das gute Angebot in Blankenloch auch Jugendlichen in den anderen Stadtteilen zugänglich machen! Wir möchten, dass in einem Jugendforum darüber diskutiert und die Wünsche der Jugendlichen dem Gemeinderat vorgestellt werden.

Stutensee liegt im Trend. Das sehen wir nicht nur am 16. Platz im bundesweiten Ranking für mittelgroße Städte, der infrastrukturellen Anbindung, der wirtschaftlichen Prosperität, dem vielfältigen kulturellen Angebot oder dem aktiven Vereinsleben. Sondern wir sehen das eben auch anhand der negativen Folgen einer attraktiven Region!

In Stutensee mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, wie fast überall im Speckgürtel von Karlsruhe. Das merken insbesondere junge Menschen, die von Daheim ausziehen, aber gerne in ihrer Stadt wohnen bleiben möchten. Das ist für viele nicht zu bezahlen!

Neuer Wohnraum wird für etliche Jahre eine die Kommunalpolitik bestimmende Aufgabe bleiben. Mit der innerstädtischen Entwicklung des „Wohnpark Mittendrin“, der Schaffung von ca. 150 zusätzlichen Wohneinheiten (2/3 Mietwohnungen, 1/3 mietpreisgebunden) gehen wir den ersten Schritt in die richtige Richtung.

Das bezahlbarer Wohnraum in Stutensee benötigt wird, streitet keiner ab. Über den Weg dahin, müssen wir uns intensiv Gedanken machen. Sowohl durch die Beteiligung privater Investoren, wie im „Wohnpark Mittendrin“, als auch durch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft können wir bezahlbaren Wohnraum schaffen.

In die Ausstattung unserer Schulen investiert Stutensee seit Jahren viel Geld. Das ist gut und richtig! Uns freut es daher besonders, dass neben vielen weiteren Maßnahmen in all unseren Schulen, in den nächsten beiden Jahren für das Thomas-Mann-Gymnasium ca. 350.000 Euro und für die Erich-Kästner-Realschule ca. 230.000 Euro aus dem Digitalpakt zur Verfügung stehen.

***„We can only see a short distance ahead, but we can see plenty there that needs to be done.“***

- Alan Turing

Der britische Mathematiker Alan Turing hat schon 1950 die Herausforderungen unserer Zeit treffend umschrieben: obwohl wir nur eine kurze Distanz in die Zukunft blicken können, sehen wir schon eine Menge dessen, was getan werden muss.

Im vorangegangenen Tagesordnungspunkt haben wir als Gemeinderat der Einführung des Profulfachs „Informatik, Mathematik, Physik“ am Thomas-Mann-Gymnasium zugestimmt. In der aktuellen Diskussion um Huawei und das 5G-Datennetz, den Tech-Giganten aus dem Silicon Valley oder der Entwicklung der Mobilität der Zukunft in Israel müssen wir erkennen, dass Deutschland in diesen Bereichen nicht mehr führend ist. Die großen Weichenstellungen wie die steuerliche Forschungsförderung, ein gründungsfreundliches Gesellschaftsklima oder die Bereitstellung von Wagniskapital können wir auf kommunaler Ebene nicht leisten. Aber wir können in unserem Wirkungsbereich alles dafür tun, dass gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Als ehemaliger Schüler des TMG freut es mich daher außerordentlich, dass nun auch in Stutensee dem wichtigen Themenkomplex der MINT-Fächer mit einem eigenen Profulfach Rechnung getragen wird.



Abschließend möchte ich festhalten: weiterhin stehen herausfordernde Jahre vor uns. Der Anfang mit dem neuen kommunalen Haushaltsrecht ist gemacht, aber viele Strukturen und Prozesse innerhalb der Verwaltung müssen sich jetzt anpassen. Die unstete Weltpolitik und eine unsichere Konjunktur bergen Risiken für unsere Finanzen. Erhebliche Investitionen in unsere Infrastruktur sind notwendig, fordern unser Können aber heraus.

Lassen Sie uns das alles gemeinsam anpacken, mit klarem Kompass und einem optimistischen Blick in die Zukunft!

Zum Schluss möchte ich allen, die beim Ausarbeiten des Haushaltes 2020 mitgewirkt haben, unseren aufrichtigen Dank auszusprechen, insbesondere Frau Leyerle und ihren Mitarbeitern.

Dem Haushalt 2020 stimmt die Junge Liste zu.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.